

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3  
Kernnummer: Amt Moravian, Nr. 15190-15197

Mittwoch, den 2. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3  
Kernnummer: Amt Moravian, Nr. 11733-54

## Regierungserklärung im Reichstage.

Die Rede, die der Reichsminister Dr. Simons gestern vor einem überfüllten, gespannt lauschenden Hause hielt, gipfelte in der Erklärung, daß die Regierung die Pariser Vorschläge nicht als eine geeignete Verhandlungsgrundlage betrachte, daß sie aber bereit sei, auf der Londoner Konferenz praktische Gegenanschläge zu machen. Das deutsche Volk und die ruhigen Köpfe der übrigen Welt konnten nichts anderes erwarten. Ueber die vollkommene Unmöglichkeit jener Vorschläge gibt es in der ganzen deutschen Presse ohne Unterschied der Partei nur eine Stimme, wie sehr auch sonst über die beste Methode, der Ententepolitik zu begegnen, die Meinungen verschieden sind. Kaum jemals noch ist in der Presse eines Landes, in dem völlige Freiheit des Wortes herrscht, eine so weitgehende sachliche Übereinstimmung zu verzeichnen gewesen.

Auf dieses einheitliche Urteil gestützt, konnte der Minister an eine Kritik der Pariser Beschlüsse herangehen, die sich bei völliger Leidenschaftlichkeit der Form durch große sachliche Schärfe auszeichnete. Die Unvereinbarkeit dieser „Propositionen“ mit den Bestimmungen des Friedensvertrags und mit den Befehlen der wirtschaftlichen Vernunft und ihre zahlreichen inneren Widersprüche wurden überzeugend hervorgehoben. Ein ungeklärtes Problem berührte Dr. Simons, indem er die Frage der Strafbestimmungen erörterte, die der deutschen Regierung nicht mitgeteilt worden sind, die aber nach „Havas“ sowohl für das Entwaffnungsdiktat wie für die „Propositionen“ gelten sollen. Man kann ihm nur zustimmen, wenn er annimmt, daß hier ein Irrtum vorliegen müsse, denn Vorschläge machen, die mit dem Vertrag nicht übereinstimmen, die deutsche Regierung einladen, sie zu beraten, und dann, wenn die Regierung „Rein“ sagt, die Truppen marschieren lassen, das wäre ein Stück aus dem Tollhaus, das man selbst den ziemlich topflosen Verfassern jener Vorschläge nicht ohne weiteres zutrauen darf. Wäre aber diese Zuversicht unbegründet, dann bliebe uns eben auch nichts anderes übrig, als die Dinge an uns herankommen zu lassen.

Die Ministerrede fand im allergrößten Teile des Hauses Zustimmung. Es heißt allerdings, daß sie den Deutschnationalen nicht „scharf“ genug gewesen sei, was nur zu ihren Gunsten sprechen würde. Auf der anderen Seite hat Adelf Hoffmann es sich nicht nehmen lassen, eine mitgebrachte mit Schreibmaschine geschriebene Erklärung seiner Fraktion vorzulesen, in der die Rede des Ministers als „hohl und inhaltslos“ bezeichnet wird. Die Kommunisten hatten also beschlossen, daß die Ministerrede „hohl und inhaltslos“ sein müsse, noch bevor sie ihren Inhalt kannten. Selbst die Unabhängigen sahen sich veranlaßt, die Hanswurstereien Hoffmanns durch den Mund Ledebours als unachörig und dem Ernst der Lage nicht entsprechend zurückzuweisen.

Heute werden die Parteien durch Erklärungen zu der gegebenen Sachlage Stellung nehmen. Die Erklärung unserer Fraktion abzugeben, ist Genosse Hermann Müller beauftragt. Unabhängige und Kommunisten wollen längere Reden halten, womit schwerlich viel erreicht sein wird.

Von einem Rücktritt oder einer Umbildung der Regierung in der Richtung zur „nationalen Einheitsfront“ ist es still geworden. Ob es zum Schluß der heutigen Debatte zu einer Abstimmung kommen wird, ist noch unbestimmt. Anträge liegen noch nicht vor. Obwohl die Sozialdemokratie mit der bisherigen Politik der Regierung in der Entwaffnungsfrage nicht einverstanden ist, würde sie sich unter den gegenwärtigen kritischen Umständen auf keinen Fall an einer Aktion beteiligen, die geeignet wäre, die Stellung des Außenministers dem Auslande gegenüber zu schwächen. Denn es sind — und das hat auch Dr. Simons in seiner gestrigen Rede mehrfach hervorgehoben — vor allem deutsche Arbeiterinteressen, die in dieser politischen Weltkrise aufs aller schwerste bedroht sind.

Auf das Echo der deutschen Regierungserklärung im Auslande darf man gespannt sein. Es läßt sich voraussagen, daß sie auf Deutschland nicht ohne Eindruck bleiben wird, gedanklose Chauvinistenhebe wird ihre sachliche Beweisführung durch wilden Lärm zu überbieten suchen. Dadurch wird man sich aber hierzulande nicht einschüchtern lassen. Daß der Appell an die Vernunft nicht ganz aussichtslos ist, dafür zeugen die Stimmen zahlreicher ausländischer Blätter, vor allem die an anderer Stelle ausführlicher wiedergegebene bedeutungsvolle Erklärung der „Westminster Gazette“.

Wie aber werden sich die Regierungen der Entente verhalten? Am Donnerstag soll Briand in der Kammer sprechen; er wird bis dahin die Rede Dr. Simons wie die Erklärungen der Reichstagsparteien in Händen haben.

### Der Sitzungsbericht.

Die Reichstags-Sitzung am Dienstag war überaus stark besucht, die Tribünen überfüllt.

Präsident Cöbe teilt mit, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsgerichts am 9. Februar stattfindet.

### Außenminister Dr. Simons:

Selten hat eine politische Verhandlung durch ihren Verlauf und ihr Ergebnis eine solche Bewirrung in den Köpfen hervorgerufen, wie die letzte Ministerkonferenz in Paris. Am ersten Tage hatte man Kenntnis genommen von den Plänen Seydoux. Man hatte sich daran gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diese Pläne anzunehmen. Aber gleich nach Beginn der Pariser Beratungen kam die Rede Doumergs, die den bisherigen Boden verließ und eine ergorbitante Summe aufstellte. Wir haben in den Zeitungen von den Auseinandersetzungen zwischen Lloyd George und Deland gelesen. Nunmehr kommt die Note mit ihrem vollkommen neuen System.

Am Montag über die Vorgänge zu erlangen, erscheint es mir erforderlich, daß ich Ihnen etwas ausführlicher den Gang der Verhandlungen schildere, die zur Ministerkonferenz geführt haben, den Inhalt der Note nochmals kurz mit Ihnen durchnehme und einige Worte der Kritik daran knüpfe, und daß ich Ihnen zum Schluß die Darlegung der Stellungnahme der Regierung gebe. Die Ministerkonferenz von Paris und die heutige Note hängen eng zusammen mit den Vorgängen in Spa. Nachdem die Alliierten eingeschrieben hatten, daß sie mit dem Notewechsel zu einem günstigen Ausgang in den schwebenden Fragen der Ausführung des Friedensvertrages nicht gelangen würden, haben sie endlich es über sich gewonnen, die deutsche Regierung zur Entsendung berufener Vertreter zu einer gemeinsamen Besprechung der verschiedenen Thematena nach Spa zu laden. Schon vorher hatten die Alliierten in Boulogne die Schadenersatzsumme festgestellt. Die deutsche Regierung hat von diesem Ergebnis von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen.

(Hört, hört!) In Spa kam die feierliche Zusage Delacroix, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung gestrichen war, in Genf nochmals darüber verhandeln sollten. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr, es bestand die Gefahr, daß die Verhandlungen über die Wiedergutmachungssumme zu einer unüberwindlichen Spaltung in den Meinungen der beteiligten Länder führen würde. Infolgedessen habe ich es für meine Aufgabe gehalten, die Anregung zu geben, daß Sachverständige von Land zu Land sich über die wichtigen Thematena der Reparation verständigen sollten. Diese Anregung, die zunächst günstig zu einem Teil der Alliierten ausgenommen wurde, ist aber nicht zur Durchführung gelangt. Es kam dann das Gegenprojekt Delacroix, das die Angelegenheit an die Wiedergutmachungskommission zurückverwies. Lange hat es gedauert, bis die Sachverständigen endlich nach Brüssel zusammengerufen wurden. Die Brüsseler Beratungen sind Ihnen alle noch in frischer Erinnerung. Sie sind vertagt worden. Während der Verhandlungen, die zwischen Herrn Bergmann als deutschem Vertreter und Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich, daß

### Seydoux mit dem neuen Plane

heroortrat, daß Deutschland zunächst fünf Jahresraten zahlen sollte und dann erst die Gesamtschuld festgesetzt würde. Es war das zunächst unerbittlich. Dann trat aber die französische Regierung durch ihre hiesige Vertretung an die deutsche Regierung heran, wie sie sich zu dem Vorschlag von Seydoux stelle. Es haben darüber vier Verhandlungen stattgefunden, und alle Instanzen haben sich schließlich damit einverstanden erklärt, daß die deutsche Regierung den Vorschlag Seydoux als Grundlage für die Verhandlungen annehme, unter den bekannten Vorbehalten, daß die Ziffer zuerst gefugt werden würde, nachdem über die Umstände gesprochen sein würde, unter denen die Verhandlungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Brüssel stattfinden, und daß zugleich gesprochen werden sollte über die Methoden, nach denen die Grundgebanten Seydoux in die Tat umgesetzt werden konnten. Der britische Botschafter in Berlin trat an die deutsche Regierung heran, auf diesen französischen Vorschlag einzugehen. Sie erklärte offiziell, daß sie sich der französischen Regierung anschleße. (Hört, hört!) Seydoux setzte nunmehr an die Stelle der ersten Jahresrate eine hohe Gesamtschuld und Loucheur führte sogar aus, daß es

für die französische Industrie höchst bedenklich sein würde, wenn sie die Reparationen von Deutschland durch Sachleistungen tilgen ließe. Das wäre für die französische Industrie eine schwere Konkurrenz. Man hat uns nun merkwürdigerweise trotz dieses von unserem Beschlusse gänzlich unabhängigen Vorganges den Vorwurf gemacht, daß wir in der ganzen Angelegenheit nicht richtig verfahren seien. In der deutschen Presse wird aber der deutschen Regierung vorgeworfen, daß wir nicht selbst, bevor die Alliierten zu ihrem Ergebnis kamen, mit positiven Vorschlägen herausgekommen wären. Dieser Vorwurf ist unbegründet.

### Wir sind mit positiven Vorschlägen herausgekommen.

Ich will hier gar nicht sprechen von dem Vorschlag, den wir schon im September 1919 gemacht haben über die technische Ausführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete. Damals hat ein kurzer Notenwechsel stattgefunden. Auf unsere letzte Regierung haben wir keine Antwort erhalten. (Hört, hört!) Aber wir haben doch in Spa Vorschläge gemacht, naturgemäß Vorschläge, die noch nicht ein-

gehend sein konnten. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Materie, war die deutsche Regierung damals erst wenige Tage im Amt und konnte sich die schwierige Materie nur mit äußerster Anstrengung zu eigen machen. Trotzdem legten wir drei Vorschläge vor: erstens einen Finanzierungsplan, zweitens einen Plan für die Sachleistungen aus der Reparationschuld, und drittens einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaues. Diese drei Pläne wurden in Spa übergeben und wir hatten Grund anzunehmen, daß sie als Grundlage weiterer Verhandlungen in Genf dienen würden. Wir haben

aber keine Antwort darauf bekommen, außer höhnischen Kritiken der Pariser Presse. (Hört, hört!) Auch ist zu berücksichtigen, daß die besten Pläne, die wir jetzt machen können, immer noch außerordentlich in Unsicherheit schweben. Ich will nur ein Wort „Oberflächlich“ aussprechen, um zu zeigen, daß wir wirklich feste Pläne nicht einmal in alternativer Form machen können. (Hört, hört!) Es könnte so aussehen, als ob wir in Oberflächlich abbauen wollten. Dazu kommt die fortgesetzte Unstetigkeit unserer Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse; Pläne können wir nur dann machen, wenn wir einigermaßen Klarheit über die Möglichkeiten, diese Unstetigkeit durch Entgegenkommen unserer Gegner abzutragen. Zu dem Vorwurf, daß wir dem Plan von Seydoux Bedingungen entgegengestellt hätten, kann ich erklären, daß

### Deutschland keine Bedingungen gestellt

hat, sondern es handelte sich immer um die Umstände und die Voraussetzungen, die für die Erfüllung von Forderungen gestellt werden mußten. Wir haben keine anderen Vorstellungen gemacht, als wie sie unseren Gegnern in Brüssel bereits offen auseinandergesetzt wurden. Der französische Botschafter Laurent hat mir selbst erklärt, daß selbstverständlich alle in Brüssel behandelten Fragen weiteren Auseinandersetzungen und weiteren Verhandlungen unterlegt werden müßten. (Lebhaftes Hört, hört!) — Große Bewegung.) Noch niemals im Verlauf der Geschichte hat ein Volk so offen seine Karten den Vertragsgegnern aufgedeckt, wie das deutsche Volk. (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn da vielleicht einiges nicht gestimmt hat, so liegt das nur an dem Mangel der nötigen statistischen Unterlagen, denn in einer Zeit Statistik zu treiben, wo man fünf Jahre Krieg und dann noch einen Umsturz hinter sich hat, ist keine leichte Sache. (Sehr richtig!) Ich kann diesen Vorwürfen nur entgegenhalten, daß sie von einem Mißtrauen und einer Ungebuld diktiert sind, wie sie uns auch von den Kreisen der Alliierten immer wieder entgegentritt. Zur Charakterisierung der Note kann ich nur sagen: ich halte sie für ein überhaufetes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung.

Ich will nun noch einen kurzen Überblick über die Note geben und dann dazu Stellung nehmen. Sie zerfällt in drei große Unterabteilungen: Die Heeresklausel, die Marineklausel und die Luftklausel. Innerhalb dieser Hauptabteilungen gibt es zwei Parteien: die erste, die sich mit den Verletzungen beschäftigt, die Deutschland nach Ansicht der Alliierten begangen hat, die zweite bezieht sich auf die Entschädigungen, die daraufhin von der Entente getroffen wurden. Aus allem ergibt sich eine Dreieit von Differenzen. Auf der einen Seite handelt es sich um Meinungsverschiedenheiten, wo die deutsche Regierung aus Gründen einer Notlage beantragt hat, ihr Rechte über den Vertrag hinaus zu gewähren. Der zweite Teil bezieht sich auf solche Fälle, wo Deutschland und die Alliierten den Wortlaut des Vertrages nicht einheitlich auslegen. Der dritte Teil ist derjenige, wo die Alliierten, ohne weitere Gründe anzugeben, in ihren militärischen Forderungen über den Inhalt des Vertrages hinausgehen; sie sind Entschädigungen, die uns mitgeteilt sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Selbstverständlich enthebt uns das nicht der Stellungnahme. Diese Stellungnahme ist aber nur möglich, wenn das außerordentlich verarbeitete Material von den zuständigen Ressorts eingehend geprüft wird. Das erste Kapitel,

### wo wir mehr geleistet haben, als wir mußten,

betrifft die Frage der Entwaffnung. Hier sind uns neue, längere Fristen gestellt worden. Wir müssen aber auch mit der zuständigen Landesregierung Fühlung nehmen. Die Fühlungnahme ist eingeleitet und wird durchgeführt im Geiste lokaler Anerkennung der Verpflichtungen, die wir mit dem Friedensvertrage übernommen haben. Ich muß bei diesem Thema auch dem Bedauern Ausdruck geben, daß in der Note der Entente kein Wort der Anerkennung für das steht, was wir in der Entwaffnung schon geleistet haben. (Geschäfter auf der äußersten Linken. — Rufe rechts: Ruhe!) Sie lochen, meine Herren; ich kann sagen: kein Volk der Welt hat auf diesem Gebiet soviel geleistet, wie jetzt das deutsche! Kein Mensch, auch unsere Gegner nicht, hat damals geglaubt, daß wir in dieser Zeit soviel leisten können. (Lebhaftes Zustimmung.) Trotzdem immer noch das Mißtrauen, das sich in den Drohungen für den Fall der Nichterfüllung in der Entwaffnungsfrage ausdrückt. Was nun

### die Reparationsfrage

anlangt, die sich auf die Art. 231 und 232 des Friedensvertrages bezieht, sollen die Zahlungen bis zum Jahre 1963 gehen, ansteigend im Betrage von 2 Milliarden bis 6 Milliarden Goldmark, von denen aber 6 Milliarden 50 Jahre lang die Regel sein werden. (Lebhaftes Hört, hört!) In Boulogne verlangte man 226 Milliarden, jetzt sind es schon 269 Milliarden geworden. (Hört, hört!)

Die zweite Form des Systems ist die variable Zahlung: 42 Jahre lang soll Deutschland 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausgabe zur Verfügung stellen. (Lebhaftes Zurufe: Un-erhört!) Charakteristischerweise ist die Berechnung angestellt auf

Grundlage einer Handelsbilanz, die auf der Ausfuhrseite mit 8 bis 16 Milliarden (Geldäcker) abschließt, einer Bilanz, die

### Deutschland selbst in seiner Blütezeit nicht erlangt

hat. So glaubt man die Differenz mit der Boulogner Forderung zu überbrücken. Die fixen Raten sind nach Ablauf eines halben Jahres, die variablen 2 Monate nach Ablauf zu leisten. Die Zahlung der fixen Raten erfolgt in Bons, die während des ganzen Zeitraumes von 42 Jahren mit Fälligkeitbestimmung übergeben werden sollen. Die der variablen Raten erfolgt in Gold. Als Sicherheit sind große Eingriffe in die Zollverwaltung vorgesehen. Bei Stimmis hat die Reparationskommission die Befugnis, die gesamte Zollverwaltung in die Hand zu nehmen. (Bewegung.) Sie kann Deutschland in Bezug nehmen. Der Vertrag ermächtigt dann die Alliierten, nach ihrem Ermessen Maßnahmen zu treffen. (Hört, hört!) Für die variablen Raten ist eine strenge Ausfuhrkontrolle vorgesehen, die die tiefsten Einblicke in das deutsche Wirtschaftsleben ermöglicht. Mit all diesen Sicherheiten ist der Reich der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht geleert. (Bewegung.) Zu den Restitutions aus dem Friedensvertrag für das, was Deutschland aus den besetzten Gebieten weggeführt hat, kommen

### Die Okkupationskosten die jährlich etwa 15 Milliarden

und nach dem angekündigten Entente-Abkommen immer noch eine Viertelmilliarde betragen. (Hört, hört!) Dazu kommen die Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die in Deutschland noch ihre Tätigkeit ausüben, ferner die Zollüberwachungsstellen, endlich die Beiträge aus dem Ausgleichsverfahren, die für Deutschland besonders drückend sind. Bählig unklar sind folgende Fragen:

### Wie steht es mit der Anrechnung

der vielen Werte, die wir bereits hingegeben haben? Davon ist überhaupt keine Rede! Wo steht die Anrechnung der 20 Milliarden Goldmark? (Hört, hört!) Nichts steht in dem Programm über die Abrechnung der vielen Sachwerte, die wir bereits geleistet haben. Ferner ist nichts gesagt, ob wenn wir die Bons hingegeben haben, die Schatzscheine und Schuldverschreibungen aus den Inhabern zurückgegeben werden, die wir sofort bei Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Hand unserer Feinde gelegt haben. Abgesehen von diesen Dingen, enthält das neue Programm Widersprüche mit dem Friedensvertrage. Der Friedensvertrag gab uns das Recht, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme unserer Schuld zu erfordern. Statt dessen wird uns eine variable Summe gegeben, denn eine feste Summe ist eine variable im letzten Endes eine variable. Das ist das, was Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen kann. (Sehr richtig!) Dann hat uns der Friedensvertrag wenigstens das zugesagt, daß wir nur ein knappes Menschenalter, 30 Jahre, an diese Kriegsschuld gebunden sind, wenn wir nicht im Rückstande sind. Seit wird uns eine Bindung auf 42 Jahre zugemutet. Es ist uns zugesagt worden, daß, wenn wir die 20 Milliarden geleistet und die Schatzscheine über 40 Milliarden ausgestellt hätten, dann eine sorgfältige Prüfung einleiten sollte, ob wir überhaupt imstande sind, die Zinsen zu tragen und die Amortisation durchzuführen. Davon ist jetzt keine Rede mehr! Der Ausgangspunkt ist überhaupt verlohren. Wir sollen die Bons über 42 Milliarden sofort in die Hände der Alliierten geben. Nach dem Friedensvertrage sollte zunächst einmal der gesamte Schaden festgestellt werden. (Sehr wahr!) Die militärischen Methoden der Schätzung wurden in Frankreich selbst stark angegriffen. Vieles wird darauf hingewiesen, daß das Geld, das Frankreich bisher zu Reparationszwecken ausgeworfen hat, blutgeschleudert worden ist, ohne daß davon auch nur eine Mauer aufgebaut worden ist. (Vehementer hört, hört!) Auch Briand hat in seiner ersten Kammerrede darauf hingewiesen, daß in der ganzen Frage von

### Wiederaufbau starke Mißbedenke

vorgekommen sind, vor allem sollte aber Deutschland doch gehört werden. Bisher ist aber Deutschland hinsichtlich der Festlegung der Schäden noch gar nicht gehört worden! Die weitere Voraussetzung der Feststellung der Gesamtschuldverhältnisse ist und war die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Reparationskommission, eine Frage, an deren Prüfung später die Brüsseler Konferenz herantrat. Diese Bestimmungen sind noch unvollendet, und wir müssen Wert darauf legen, daß sie vollendet werden. Infolge dessen können wir nur annehmen, daß die uns jetzt gegebene Summe eine willkürlich gegriffene ist. Dazu kommt die Frage der Sicherungen, die die Gegner sich geben lassen wollen. Sie wollen das ganze Zollsystem einem Generalzollnehmer unterstellen. Im übrigen hat doch Herr Clemenceau selbst erklärt, die Alliierten beabsichtigen nicht, in die Freiheit der deutschen Wirtschaftsverhältnisse einzugreifen. Aber mag auch dieses Arrangement die Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen oder nicht, wäre von geringerer Bedeutung, wenn es an sich praktisch und gangbar wäre. Und da ist die deutsche Regierung nach sorgfältiger Prüfung der Ueberzeugung, daß dies weder eine praktische, noch eine gangbare Lösung ist. (Sehr richtig!) Die festgesetzte Summe von 269 Milliarden ist so mehr als vielleicht das ganze deutsche Volksermögen. Es wäre widersinnig, das deutsche Volk mit einer derartigen Summe zu belasten, wo wir

unseren Gegnern nachgewiesen haben, wie schlecht es mit unseren Finanzen steht. Dann aber kommt doch diese Auferlegung der 269 Milliarden in Raten von 6 Milliarden vollständig auf eine

### wirtschaftliche Verflattung des deutschen Volkes

hinaus. (Vehemente Zustimmung.) Es gibt eine Bestimmung, wonach Deutschland einen Rabatt von 8 Proz. empfangen soll, wenn es keine Verpflichtungen zu erfüllen als vorgelesen nachkommt. (Zuruf rechts: Das ist reiner Hohn gewesen!) Dieser Vorstoß kommt darauf hinaus, daß Deutschland sich einen Gläubiger sucht, der ein großes Da haben zur Abhülfe dieser Verpflichtungen gibt. Ich glaube nicht, daß wir einen Gläubiger finden, der uns das Darlehen so billig gibt, daß wir von einem achtprozentigen Rabatt Vorteile haben. Die Schwelger hat für ihr letztes Darlehen 9 Proz. geben müssen. Und wenn wir einen solchen Gläubiger finden, ist uns die Ausnahme des Darlehens ohne Zustimmung der Reparationskommission verboten. Das gilt nicht bloß für die deutsche Regierung, sondern für die Regierung jedes Landes. (Zuruf: Kreditblockade!) Es ist klar, daß die Entente oder derjenige Staat der Entente, der als Geldgeber zunächst in Betracht käme, den Wunsch hegt, die Kredite an uns zu vermitteln. Wir sind also von unseren natürlichsten Geldgebern hierdurch abgelehnt. Ich komme damit zu einer anderen wirtschaftlich wichtigen Maßnahme, der Ausfuhrabgabe. Diese Ausfuhrabgabe von 12 Proz. auf das ganze Gebiet der deutschen Ausfuhr ist einerseits unsinnig stark und nach außen wie nach innen schädlich. Wie kann man die gesamte Ausfuhr über einen so hohen Steuersatz in Bezug auf die Höhe der Abgabe? (Sehr richtig!) Bei einer Steigerung der Mark, der deutschen Preise, muß sich diese Bestimmung als

### Drosselung der deutschen Betriebe

auswirken. Ich weiß nicht, ob das beabsichtigt ist. (Zuruf: Natürlich!) Entweder: das Ausland trägt diese 12 Proz., dann wird uns das nicht auf denjenigen Märkten Schwierigkeiten schaffen, auf denen wir vorzugsweise Absatz haben, oder aber, es muß bei uns bezahlt werden; da wäre die Zeit sinkender Konjunktur verheerend. Dann bleibt die Abgabe haften auf dem Unternehmergewinn und den Arbeiterlöhnen. (Große Unruhe links.) Die Entente würde den Markt der ganzen Welt erobern. Gerade von dieser deutschen Exportindustrie kann doch allein die Finanzierung der fixen Summen hergenommen werden. Von einem solchen Ueberdruck sind wir weit entfernt, solange wir unsere Rohstoffe so viel teurer einkaufen müssen, als wir unsere eigenen Waren für das Ausland verkaufen.

Ich halte mich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Alliierten uns haben mitteilen lassen, sie hätten aus einem gewissen Gesüh des Lattes auf einen formellen Eingriff in unsere Steuerhoheit verzichtet. (Zuruf: Der rechte Hohn!) Ich muß darauf hinweisen, weil Lloyd George darauf ausdrücklich Bezug genommen hat. Die Sanktionen beziehen sich auf folgende Punkte: Erstens: Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande, zweitens: Befehlung neuen, deutschen Gebietes, drittens: Errichtung eines besonderen Regimes in den Rheinländern, und viertens: Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Allgemeine Heiterkeit!) Die erste Bestimmung widerspricht meiner Ansicht nach — dem Sinne, Geist und Wortlaut des Friedensvertrages. (Sehr richtig!) Die Befehlung kann erst dann verlängert werden, wenn sich herausstellt, daß wir nichts getan haben, wozu wir uns verpflichtet haben. (Zuruf links: Das ist das deutsche nationale Annullationsprogramm von 1914! — Große Unruhe rechts.) Ich möchte Sie dringend bitten, während der durchaus sachlichen Darstellung des Inhalts der Note nicht durch Kurze die Stimmung im Hause so zu irritieren, daß wir dadurch zu einer klaren Stellungnahme nicht kommen können. (Sehr richtig!) Man kann uns nicht für einen Vorschlag schon Sanktionen androhen, wenn wir den Vorschlag nicht annehmen; denn das ist dann kein Vorschlag mehr. Betreffs des vierten Punktes muß Lloyd George schon gestanden, daß ich keine Drabang mit dem Widerspruch gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so lange als verträglich ansehe, als wir einen Antrag für einen Eintritt in den Völkerbund nicht gestellt haben. Ich weiß mich rein von dem Verdacht, als ob ich den

### großen Gedanken eines wahren Bundes der Völker

gering achte. Ich brauche mich nur auf das Zeugnis des Abgeordneten Schilling berufen. (Wochen rechts, Lärmen links.) Ich bringe der Entschaltung der Menschheit nicht nur volles Verständnis, sondern warme Teilnahme entgegen. In den Völkerbund, wie er jetzt besteht, einzutreten, ist für Deutschland nicht mit so viel Lösung verbunden, daß es uns einfallt, um die Aufnahme zu erfragen. (Sehr richtig!) Ich will nur ganz kurz auf das Schreiben eingehen, mit dem uns die beiden Ausgeborenen der Gegner überredet wurden. Ich habe schon gesagt, daß es sich nur um Vorschläge, französisch: Proposition, handelt. Es wird uns gesagt, daß Bevollmächtigte der deutschen Regierung eingeladen werden würden, sich Ende Februar mit den Delegierten der Alliierten in London zu treffen. Die Einladung selbst ist nur angekündigt; solange sie nicht erfolgt ist, können wir sie weder annehmen, noch ablehnen. Aber schon jetzt muß die deutsche Regierung erklären, daß das Arrangement, wie es uns in der zweiten Note der Entente vorgelagt

worben ist, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann. (Vehementer Beifall.)

Es wird selbstverständlich unsere Pflicht sein, nunmehr alle Mittel anzuwenden, um trotz der ungeheuren Schwierigkeiten zu den klaren deutschen Gegenvorschlägen zu kommen. Wenn diese Gegenvorschläge dann so ausfallen, daß die öffentliche Meinung der anderen Länder darüber in Entrüstung gerät, dann wird es nicht unsere Schuld sein, nachdem die Alliierten durch derartige Vorschläge die Welt in Erstaunen gesetzt haben. Ich möchte bei der Gelegenheit aber die eine Warnung aussprechen: Man soll nicht glauben, daß man, wenn man diese Vorschläge uns jetzt vielleicht als Diktat gäbe, so viel aus Deutschland herauswirmirchten kann, wie man es sich vorstellt. Wenn der Deutsche Croches leisten soll, muß er seinen freien deutschen Willen haben. Als Sklave wird der Deutsche nicht arbeiten, sondern nur als freier deutscher Mann. (Zustimmung.) Es ist uns ein wertvolles Jugenderlebnis der Alliierten, daß sie in ihrem Arrangement an soviel Stellen den Boden des Friedensvertrages verlassen haben. Sie haben damit anerkannt, daß manches in den Vorschlägen des Friedensvertrages sich während der Zeit, die seit seiner Abfassung verstrichen ist, als undurchführbar herausgestellt hat. (Sehr richtig!) Wir werden von dieser Erkenntnis Gebrauch machen. Ich lasse die Erklärung der Regierung noch einmal dahin zusammen:

Wir können auf die Grundlage des Arrangements, das uns die Alliierten jetzt übergeben haben, als Basis weiterer Verhandlungen nicht treten. Wir werden jetzt versuchen, neue Vorschläge auszuarbeiten, und werden damit an die Alliierten herantreten. (Vehementer Beifall.)

Präsident Löbe schlägt vor, die Besprechung der Erklärung auf Mittwoch zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Abg. Dr. Hoffmann (Rom.) widerspricht der Vertagung und gibt folgende Erklärung seiner Fraktion dafür ab:

„Die von der Entente überreichten Forderungen sind in ihrer Art nicht überhörend; sie sind ein Beweis des Raubcharakters, der jedem kapitalistischen Staat eigentümlich ist und nicht zum wenigsten (Präsident Löbe bittet den Redner, nicht auf die Materie selbst einzugehen.) Hoffmann (fortsetzend): Nicht zum wenigsten auch dem deutschen Imperialismus. (Vehemente Zustimmung.) Indem der Reichstag bereits gestern auf Ersuchen der Regierung die Erörterung über diese bedeutsame Angelegenheit aussetzte, unterstrich er den völligen Bankrott, den die bisherige auswärtige Politik der Regierung gemacht hat.“ (Präsident Löbe: Ich kann Ihnen das Recht nicht weiter gestatten. — Vehementer Beifall. — Rufe: Raus!) Ich habe der Vertagung zu widersprochen, die der Reichstag angelehnt einer fadenstcheinigen und hohlen Erklärung der Regierung (Unruhe) vornehmen will.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Ich bitte, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Große Parteien des Hauses haben den Wunsch ausgesprochen, ehe sie zu der Erklärung sprechen lassen, selbst Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete Hoffmann mag es den Parteien überlassen, die Würde des Reichstages zu wahren, die auf dem Boden der Verfassung stehen. (Vehementer Beifall.)

Abg. Schiffer (Dem.): Nicht nur jeder Minister, sondern jeder Abgeordnete, der hier spricht, ist verpflichtet, jedes Wort auf die Waagschale zu legen. Wir haben hier eben eine Rede des Herrn Ministers gehört, über die der Abgeordnete Hoffmann schon mit einem vorher stilisierten Urteil fertig war. Wir hatten es für die Pflicht des Abgeordneten, erst zu hören und dann zu urteilen.

Abg. Leebour (U.Soz.): Auch ich habe im Senatskonvent den Wunsch ausgesprochen, daß wir die Erörterung sofort an die Erklärung anschließen wollen. Da aber die anderen Parteien ganz überwiegend sich für die Vertagung ausgesprochen, haben wir uns schließlich auf die zweifelhafte außerordentliche Bedeutung dieser Angelegenheit banen Uebstand genommen.

Der Vertagungsantrag des Präsidenten findet die Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Unabhängigen; gegen ihn stimmen jedoch nur die Kommunisten.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung, dritte Lesung des Rotekrets, Abstimmungen zum Heeresetat.

Schluß 6 Uhr.

## Die Angst vor dem Zerfall.

### Eine bedeutsame englische Stimme.

London, 2. Februar. (Medung des Holländisch Neuwesbureau.) Der Pariser Korrespondent der „Westminster Gazette“ berichtet: Die offiziellen Ansichten stimmen nicht mit der offiziellen Politik überein.

### Im Interesse der Wahrheit

glaube ich, daß das wenige, was in Regierungskreisen mit der größten Freiwilligkeit behauptet wird, doch veröffentlicht werden muß. Es darf nicht ein alleiniges Geheimnis für die gerissenen Finanzleute sein. Lloyd Georges

## Aus Bismarcks drittem Band.

In Deutschland ist die Veröffentlichung von Bismarcks drittem Erinnerungsbande noch immer durch Gerichtsbeschlüsse verboten. In Holland wird sie fortgesetzt. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht den 2. Teil aus dem 3. Band der Erinnerungen Bismarcks. Dieser Teil behandelt

### die Entlassung des Kanzlers.

Am 1. März 1890 ließ Bismarck fragen, ob er an diesem oder dem folgenden Tage eine dringende Audienz erhalten könne. Er bekam aber keine Antwort. Er wollte dem Kaiser Bericht über eine Unterredung erstatten, die er am 12. Februar mit Bindhorst über gewisse aus Russland erhaltene Mitteilungen hatte. Am 5. März, 9 Uhr morgens, wurde Bismarck geweckt durch einen Boten des Kaisers, der ihm ansagte, daß er um 10 Uhr im Bureau für auswärtige Angelegenheiten Bericht erstatten sollte. Das Bureau für auswärtige Angelegenheiten wurde gewöhnlich die Amtswohnung von Bismarcks Sohn genannt. Dort empfing Bismarck den Kaiser. Er teilte ihm mit, daß er fast zu spät gekommen wäre, da er erst vor 25 Minuten durch den Befehl des Kaisers geweckt worden wäre. Der Kaiser antwortete: „Ich habe die Botschaft gestern nachmittag abgelesen.“ Später stellte es sich heraus, daß der Kaiser erst gegen Abend um 5 Uhr die Zusammenkunft bestimmt hatte, und gewöhnlich wurde abends keine Botschaft vom Palais mehr besorgt. Der Kanzler teilte nun mit, Bindhorst habe ihm aus eigener Initiative einen Besuch gemacht. Hier folgte das bereits bekannte Gespräch, in dem der Kaiser erklärte, daß Bismarck ihn um Rat hätte fragen sollen. Der Kaiser ließ durchblicken, ihm sei bekannt, daß der Bankier Bleichröder den Besuch Bindhorsts vermittelt habe und sagte:

### „Juden und Jesuiten gehören immer zusammen!“

Bismarck antwortete darauf, es sei ihm eine große Ehre, daß Majestät so gut über das unterrichtet sei, was in seinem Hause passierte. Der Kaiser fragte nicht nach Bindhorsts Plänen, sagte aber: „Ich bekomme gar keine mündlichen Berichte von meinen Ministern. Man hat mir erklärt, daß Sie ihnen verboten haben, mit ohne Ihre Zustimmung oder Ihre Billigung derartige Berichte zu erstatten. Sie sollen sich dabei auf alle vergilbte Verordnungen gefügt haben, die bereits ganz vergessen waren.“ Bismarck erklärte, die Angelegenheit sei nicht so. Die Verordnung vom 8. September 1882 führte er aus, war notwendig für

jeden Ministerpräsidenten. Die Verordnung bestimmte nur, daß bei wichtigen prinzipiellen neuen Vorschlägen der Ministerpräsident unterrichtet wurde, bevor man eine Entscheidung des Kaisers zu erhalten versuche, da der Ministerpräsident selbst die allgemeine Verantwortung nicht tragen könne.

Dann folgte die bereits aus früheren Mitteilungen bekannte Szene mit dem Kaiser über die Berichte aus Russland. Am Schluß der Unterredung fragte Bismarck, ob der Kaiser darauf bestünde, die Verordnung vom 8. September 1882 einzuziehen, darauf antwortete dieser kurz „Ja wohl“. Bismarck sagte darauf noch nicht sofort den Befehl, zu demissionieren. Im Gegenteil, er wollte

### den Befehl sozusagen „einsparen“

und abwarten, ob der Kaiser an die Einziehung der Verordnung erinnern würde, damit er dann einen diesbezüglichen Befehl verlangen konnte, um diesen Befehl den Staatsministern vorlegen zu können. Bismarck war nämlich in diesem Augenblick noch nicht überzeugt, daß er die Initiative für die Verantwortlichkeit für seine Demission auf sich nehmen könne. Am nächsten Tage, als die englischen Delegierten zu der Konferenz bei Bismarck zu Gast waren, erschien General von Hahnke, der Chef des Militärkabinetts, und sprach mit Bismarck über den Wunsch des Kaisers, daß die betreffende Verordnung eingezogen werden sollte. Bismarck erklärte darauf, daß dies aus sachlichen Gründen unmöglich wäre. Am nächsten Morgen, dem 17. März, erschien Hahnke abermals, um zu seinem Bedauern Bismarck mitzuteilen, daß der Kaiser auf Einziehung der Verordnung bestehen bleibe und daß er nach dem Bericht, den Hahnke ihm über seine Unterredung mit Bismarck erstattete, erwarte, daß

### Bismarck sofort seine Demission

einreichen würde. Bismarck würde im Laufe des Nachmittags im Palais erwartet, um seine Demission einzureichen. Bismarck antwortete, er sei dafür nicht jung genug und würde schreiben. Am gleichen Nachmittag kam eine Anzahl Berichte vom Kaiser zurück. Dabei waren einige Berichte eines Konfils in Russland, und diesen Dokumenten war ein offenes eigenhändiges Schreiben des Kaisers beigelegt, das folglich durch die verschiedenen Bureaus gegangen war und wie folgt lautete:

Zus den Berichten geht deutlich hervor, daß die Russen einen völligen strategischen Aufmarsch angefangen haben und zum Kriege treiben. Ich muß es sehr bedauern, so wenige dieser Berichte erhalten zu haben. Sie hätten mich seit langem auf die ernstliche drohende Gefahr aufmerksam machen können. Es ist die

höchste Zeit, die Oesterreicher zu informieren und Gegenmaßnahmen zu treffen. Unter diesen Umständen kann selbstverständlich von einer Reise von mir nach Krasnoj keine Rede mehr sein. Die Berichte sind ausgezeichnet.

Bismarck erzählt dann, wie der betreffende Konfil 14 umfangreiche Berichte eingesandt hatte, die vermutlich nichts Neues für den deutschen Generalstab enthielten. Bismarck betrachtete es als eine Laune des Zufalls, daß am gleichen Morgen Herr von Schmalow von der Gesandtschaft in Petersburg, der nachts angekommen war, sich bei ihm melden ließ, mit der Erklärung, daß er Vollmacht hätte, in gewisse Unterhandlungen einzutreten, die eine Verlängerung des im Juli 1890 ablaufenden Vertrages bezweckten und wonach, wenn Deutschland von Frankreich angegriffen würde,

### Russland sich neutral erklären sollte.

Auch sagte Schmalow, daß die Unterhandlungen fehlschlagen würden, wenn Bismarck nicht Reichskanzler bleibe. Bismarck hatte den Entwurf für die Erklärung vorbereitet, die er in der Zusammenkunft der Minister abgeben wollte. Es heißt dann: „Ich bezweifle, ob ich die auf mir ruhende Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers noch länger tragen könnte, da dieser mir die dafür nicht zu entbehrnde Mitwirkung nicht erteilt. Es war für mich eine Ueberraschung, daß Seine Majestät

### über das Arbeiterchutzgesetz

mit Büttcher, ohne mich und das Staatsministerium zu befragen, endgültig Beschlüsse getroffen hatte. Ich äußerte bei dieser Gelegenheit die Furcht, daß diese Handlungsweise bei den Wahlen für den Reichstag unerfüllbare Erwartungen aufkommen lassen würde, und daß diese Unerfüllbarkeit schließlich nachteilig für das Ansehen der Krone werden würde. Ich hoffe, daß diese Vorschläge des Staatsministers Seine Majestät dazu hätten bewegen können, von dem angekündigten Plan abzugehen. Ich fand dafür aber keine Mitwirkung von Seiten meiner Kollegen. Im Gegenteil, mein erster Vertreter, Herr von Büttcher, hatte sich bereits hinter meinem Rücken mit den kaiserlichen Vorschlägen einzigt erklärt. Er überzeugte mich davon, daß mehrere Kollegen es rasch betrachten, auf diese Vorschläge einzugehen. Schon damals zweifelte ich, ob ich als Vorsitzender des Staatsministeriums noch die nötige Autorität besaß, die für die verantwortliche Führung der Gesamtpolitik notwendig ist.

Einen weiteren Beweis seines Mangels an Vertrauen gab mir Seine Majestät dadurch, daß er mir den Vorwurf machte, daß ich ohne allerhöchste Genehmigung Herrn von Bindhorst

Katlosigkeit im Steuerausschuß.

Die heutige Sitzung des Steuerausschusses begann damit, daß der Abg. Herold (S.) den Antrag stellte, die Beratung der Einkommensteuerentwurfes in Rücksicht auf die außenpolitische Lage bis nach der Vertagung des Reichstages auszusetzen.

Da auch der Demokrat Blum Bedenken gegen die Vertagung äußerte, wurde der Antrag Herold gegen die Stimmen des Zentrums und der bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Bei der sachlichen Abstimmung wurde sodann der Antrag Reil, der Regierungsvorlage hinsichtlich des Veranlagungszeitraumes zuzustimmen, angenommen.

Die Ausschußberatungen stehen infolge des „Dejtempos“, gegen das Weder (Volkspartei) Einspruch erhob, heute auf demselben Stand wie vor acht Tagen.

Das erbrochene Siegel.

In der Fortsetzung der Debatte des Haushaltsausschusses des Reichstages bemühten sich die deutschen Abgeordneten Helfferich und Schulz-Bromberg um die Verteidigung ihres Parteifreundes v. Kerdhoff.

Gewerkschaftsfeindliche Arbeitgeber.

Die Gewerkschaft „Eisengüter Zug“ im Siegerland sucht im „Kompas“ einen jungen, unverheirateten Gangerbergmann als Betriebsassistenten.

Orchester-Abende.

Konzert-Umschau.

In Weimar wurde 1920 das Problem eines Versuchsortheaters in die Debatte geworfen. Der schöne Gedanke hob schließlich die Augen, sah sich Deutschland und seinen Musikverkehr an und entschlief.

In Berlin versucht man nichts, man probt kaum im Alltags-eifer. Dafür sorgt man für Programme, die viel, doch nicht alles bedeuten. Der plötzlich und kühlweisend zum Professor hinaufkomplimentierte Richard Hagel hält sich bei seiner reichen Arbeit den Blick frei für solistische Ergänzungen und Erschließung seiner populären Abend.

stammung, Hochschulbildung, zielbewusste, energische Persönlichkeit von starkem Willen und ungehemmter Tatkraft, praktisches Verständnis für wissenschaftliche Betriebsführung und Organisation.

Die Betonung der arischen Abstammung, der energischen Persönlichkeit und der ungehemmten Tatkraft sowie keine Achtstundenschicht zeugt davon, welcher Geist in dieser Direktion herrscht und was die Arbeitnehmer von ihr zu erwarten haben.

Wirtschaft

Die Lockerung der Getreidezwangswirtschaft.

Die mit weisem Vorbedacht auf den Tag nach den Preußenwahlen verlegte Konferenz der Ernährungsminister wird sich, wie die „P.P.R.“ hören, in der Hauptsache mit der Preisgestaltung in der Getreidewirtschaft und mit der grundlegenden Änderung des Systems der Erfassung des Brotgetreides gemäß den Vorschlägen der Indekommission beschäftigen.

Alle Voraussetzungen nach wird man sich bei den Münchener Besprechungen für das sogenannte Umlagesystem in der Erfassung des Brotgetreides entscheiden, das für jeden Landwirt ein genau bemessenes Quantum des abzuliefernden Getreides für eine bestimmte Lieferungsfrist festsetzt, während ihm ein darüber hinausgehender Ernteüberschuß zur eigenen Verwertung, so unter anderem für Viehfütterung vorbehalten bleiben soll.

Damit wird die Zwangswirtschaft auf einen Teil des inländischen Brotgetreides beschränkt. Bisher war man vor diesem Schritt zurückgeschreckt. Sollte es eingeführt werden, so wird es nämlich zweierlei Getreide- und Brotpreise geben, einen behördlich kontrollierbaren für das zwangsbewirtschaftete und einen für das im freien Handel vertriebene Getreide.

Aus diesem Grunde hatte die Dresdener Konferenz der Ernährungsminister vom 15. Januar d. J. in einer Resolution verlangt:

Für den Fall, daß dieses System gewählt wird, müssen Gemeinden und Kreise Träger der Lieferung werden und muß der Reichsgetreideordnung eine Bestimmung eingefügt werden, nach der durch Umlage zur Ablieferung geforderte, aber nicht zur Ablieferung gelangte Mengen im Verwaltungsverfahren durch Barzahlung in Höhe des Mehrfachen des Höchstpreises, mindestens des Weltmarktpreises verlangt werden können.

Das ist eine Forderung, mit deren Durchführung der neue Vorschlag steht und fällt. Ohne sie wird diese Lockerung der

Zwangswirtschaft nur eine neue Etappe zur freien Bucherwirtschaft sein.

Ob sie in dem Programm des Ernährungsministeriums steht, sagt man vorläufig nicht. Es steht also zu befürchten, daß sie vom Ernährungsministerium nicht mit hinlänglichem Nachdruck vertreten wird.

Wie dem nun auch sei: es verdient für alle Fälle festgehalten zu werden, daß Minister Hermes anstatt an eine Sicherung der Volksernährung durch die Zwangswirtschaft jetzt an ihren verschärften Abbau gehen muß, weil unter ihm die Ablieferung schlimmer verlagert hat als bei allen seinen Vorgängern.

Der Volutarückschlag, eine Folge der Pariser Beschlüsse, setzte sich gestern verschärft fort. Der Preis eines Dollars schnellte an der Berliner Börse von 60,43 auf 66,33 M. herauf, 100 holländische Gulden, die vorgestern 2012,05 M. kosteten, bezahlte man mit 2247,75 M., 100 Schweizer Franken stellten sich auf 1243,75 gegen vorgestern 1093,90 M.

Ein parlamentarischer Beirat für die Außenhandelskontrolle. Dem Aufsichtsrat der Geschäftsabteilung des Reichsbeauftragten für die Leberwachung der Ein- und Ausfuhr, der die Beschlagnahme verbotswidrig zur Ausfuhr bestimmter oder eingeführter Güter versteht, ist ein parlamentarischer Beirat mit beratenden Befugnissen zur Seite gestellt worden.

Eine Salzverkaufsgesellschaft. In Berlin wurde die Deutsche Salzwerke G. m. b. H. mit dem Sitz in Berlin und einer Zweigniederlassung in Hamburg gegründet. Die Gesellschaft bezweckt den Verkauf und die Ausfuhr von Speis-, Gewerbe- und Industrierohsalz nach außerdeutschen Ländern.

Damit die Preise nicht zurückgehen. „Corner“ ist ein in der kapitalistischen Wirtschaft und der Börsenwelt bekannter Begriff; dieses englische Wort ist in alle Sprachen übergegangen. Eine Gruppe von Unternehmern oder von Aktienbesitzern kauft Waren oder Effekten in einer solchen Menge zusammen und hält sie so lange zurück, bis die Preise steigen.

Einigung in der Glasindustrie durch Aktienkauf. Mitglieder der Internationalen Spiegelglas-Konvention und des Vereins Deutscher Spiegelglasfabriken haben die Aktien der Spiegelglasfabrik Reicholz erworben. Damit sind die Beziehungen zwischen der Internationalen und deutschen Spiegelglas-Konvention und der außerhalb derselben stehenden Reicholz-Fabrik sowie den deutschen Flaschenfabriken ausgeglichen.

„Helden“ im Schiller-Theater. Bernhard Shaw hat seine köstlichen „Helden“ dem bulgarisch-serbischen Kriege von 1885 entnommen, ohne damit auch nur im geringsten die beiden Parteien herabsetzen zu wollen.

„Helden“ im Schiller-Theater. Bernhard Shaw hat seine köstlichen „Helden“ dem bulgarisch-serbischen Kriege von 1885 entnommen, ohne damit auch nur im geringsten die beiden Parteien herabsetzen zu wollen. Aber die geographische Lage des Schauspielers verleitete ihn zu einigen ironischen Bemerkungen über das balkanische Kulturniveau jener längst entwichenen Zeit.

Kontraktbrüchigkeit gegen Reinhold Schünzel. Das Bezirks-schiedsgericht des Deutschen Bühnen-Vereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat auf die Klage der Direktion Reinhard und Bernauer den Schauspieler Reinhold Schünzel für kontraktbrüchig erklärt, weil er seine vertraglichen Verpflichtungen wegen seiner Kinetilität vernachlässigt habe.

Island ohne Eis. Nach telegraphischen Meldungen aus Reykjavik, der Hauptstadt von Island, herrscht auf der Insel, unbekannt ihres Namens, der sie als ein Eisland kennzeichnet, eine solche Eisnot, daß die Hauptnahrungsquelle der Bevölkerung vom Versiegen bedroht ist. Ist doch das Eis für den Versand der Heringe, die in großen Mengen aus Reykjavik ausgeführt werden, unerlässlich.

Staa-sober. Wegen plötzlicher Helleheit des Herrn Roß-glangt heute anstatt des „Barbier von Sevilla“ „Mignon“ zur Aufführung. Musik. Die russikalische Hauskomödie von Dr. Erich Fißler werden mit teilweise neuem Programm vom 6. bis 9. und 13. bis 16. Februar im Festung-Museum, Bräckerstr. 13, aufgeführt.





# Molly Wessely im Central-Theater

ab Donnerstag, 3. Februar, in

## Die Postmeisterin

Operette in 3 Akten von Aug. Neldhart  
Musik von Leon Jessel

Anfang 7 1/2 Uhr.

Billetts zur Premiere ausverkauft. Vorverkauf an der Kasse von 10-2 Uhr. Fernspr.: Moritzplatz Nr. 4047.

**Opernhaus**  
Der Barbier v. Sevilla  
7 Uhr

**Schauspielhaus**  
Torquato Tasso  
7 Uhr

**Deutsches Theater**  
8 Uhr: Cäsar und Kleopatra  
Donn. 6 1/2 U.: Faust I. Teil

**Kammerspiele**  
7 1/2 U.: Der pathetische Hut  
Donnerstag 8 Uhr: Stella

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
7: Floranteyer (27. Abt. 3. Ab.)  
Do. 7: Flor. Geyer (29. Abt. 3. A.)

**Theater 1. d.**  
**Königgrätzer Str.**  
Täglich 7,15 Uhr:  
**Jekaterina**

**Iwanowna**  
(Lucie Höflich, Paul Bildt,  
Dernburg, Pröckl, Römer,  
Schlegel, Marba, Lehndorff)  
Sonntag nachm.: Rausch

**Komödienhaus**  
1/8: Die Sache mit Lola  
mit Max Follenberg  
Sonnt. nachm.: Herr Minister

**Berliner Theater**  
1/8 Uhr: Die spanische  
**Nachtigall**  
Operette von Leo Fall mit  
**Fritzi Massary**  
Hans Wassmann, Emmy  
Sturm, R. A. Roberts,  
Reinhold Pasch, Olga Engl  
Stg. nachm.: Der letzte Walzer

**Central-Theater**  
Alte Jakobstraße 30.  
7 1/2 Uhr: Geschlossene Vor-  
stellung der Fr. Volksbühne  
Morgen 7 Uhr:

**Die Postmeisterin**  
mit Molly Wessely  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **Die Jüdin**  
Friedr. Wilhelmst. Th.

1/8 Uhr: **Hohheit die Tänzerin**  
**Kl. Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Reigen**

**Komische Oper**  
7 1/2 U.: **Baroneßchen Sarah**

**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Arnold Rieck in**  
Die schwedische Jungfrau

**Metropol-Theater**  
7 U.: **Hollandweibchen**  
Neues Operettentheater.

7 1/2 U.: **Yu-Shi tanzt**  
Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: **Nora**  
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 U.: **Der ehem. Leutnant**  
**Thalia-Theater**

7 1/2 Uhr: **Mascottchen**  
Th. am Nollendorfsplatz

7 1/2 Uhr: **Am Tage des Gerichts**  
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**  
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Schwalbenhochzeit**  
Th. d. d. Kommandantenstr.

7 1/2 U.: **Der verjüngte Adolar**  
Wallner-Theater

7 1/2 U.: **Der Geiger von Lugano**  
**Residenz - Theater**

Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer**  
Sandrock, Toelle, Korff,  
Falkenstein, Otto, Mamelok,  
Valentin

Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:  
**Die Freundin**

**Trianon-Theater**  
8: **Das Wundermittel**  
Käthe Haack, Julius Falken-  
stein, Paul Morzan, Kurt von  
Möllendorff, Luise Werck-  
meister, Alfred Haase  
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:  
**Kammermusik**

**Kleines Theater**  
Unter den Linden 44.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Casanovas Sohn**  
Lustspiel von Rudolf Lothar.  
Hans Arastädt,  
Eugen Burg, Mady Christians,  
Hans Albers, Heinz Schröth.  
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:  
**Casanovas Sohn**

**Rose-Theater**  
7 1/2 U.: **Deserteure**  
**Folies Caprice**  
Am Oranienburger Tor  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Pfeffer und Salz**  
Der schlaue Theophil  
Der Doppelgänger  
Telephon: Norden 830

**Casino-Theater**  
Lothringers Str. 37. Tägl. 9 1/2  
Nur noch bis 3. Februar:  
**Der Fehltritt einer Frau**  
Freitag, 4. Febr., zum 1. Male:  
**Der Großfürst**  
Berliner Posse in 3 Akten  
Sonntag 7 1/2 Eine ideale Ehe.

**Volksbühne**  
Theater am Bollowplatz.  
7 Uhr: Das Postamt und  
Die Komödie der Irrungen

**Lessing-Theater**  
Heute und Donnerstag 7 1/2:  
**Ein idealer Gatte**  
Freitag 7 1/2 Uhr: **Pfanne**

**Deutsches Künstler-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungsreise**  
mit Max Adalbert und  
Trude Hesterberg

**Schall und Rauch**  
im Großen Schauspielhaus  
Dir. Hans v. Wolzogen.  
Telephon: Norden 8643.  
Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.  
Das große  
Februar-Programm  
u. a.:

**Die Rose von Stambul**  
mit Mizzi Delorm  
und Arnold Rieck

**Königstadt-Theater**  
Bahnhof Jannowitzbrücke  
Tägl. 7.30 Gala-Sänger  
im Ballsaal T A N Z

**Circus Busch**  
Tägl. 7 1/2, Sonntag 3 Uhr.  
Watts amerik. Hinrichtg.  
Türmeiltanz Liepelt. Nur  
noch wenig Tage: **Gret's**  
Traum. Vorverk. Tietz u.  
Circusk. Donnerst. k. Vorst.

**Metropol**  
Behrenstraße 54  
Allabendlich 7 1/2 Uhr

**Der lustige**  
**SPIELPLAN**  
P. H. Voss  
Lars Boelcke  
Camarena  
Gerald & Gerda  
Lene Neumann  
Tom-Vieliger-Trio  
Paul Goldler  
Alaska & Rakos  
Carl Christoff  
& Grotz Grotz  
Walter Steiner  
Hal-Jung-Truppe

**Theater am Kottbuser Tor**  
Kottbuser Str. 6  
Tägl. 7 1/2, und Sonntag  
nachm. 3 Uhr  
**Elite - Sänger**  
Zum Schluß: **Der**  
**Kriegsgewinnler.**  
Vorher:  
„Strand-Idyll“  
u. der hervorragende Solistell.  
Nachmittags halbe Preise!  
Vorverkauf: 11-1 1/2 u. 4-6 an  
der Theaterkasse u. Leipziger  
Straße 51 (Spittelkolonnen)

**WINTERGARTEN**  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Admirals-Palast**  
7 1/2: **Flirt in St. Moritz**  
Morg. 7 1/2: **Die roten Schuhe**

**Reichshall.-Theater**  
Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt.  
nachm. 3 Uhr:  
**Steffner**  
**Sänger**  
Nchn. halb. Pr.!

**PHILHARMONIE**  
Haydn-Mozart-Beeth.-Abend  
des Philharm. Orchesters  
Dirig. Prof. R. Hagel  
& Sinf.-Beethov.; Sinf. Es-dur  
Mozart; Sinf. C-moll-Haydn  
Anfang 8 Uhr Eintritt 3 Mk.

**Varieté-Café**  
**Moritzplatz**  
Oranienstraße 53/54  
Täglich 8 Uhr:  
**Elite-Programm**

**Neue Welt**  
A. Scholz, Harenholz 114  
Heute Mittwoch, 4. 2. Febr.  
Großer Tag  
**Bayer. Bier-Fest**  
Anfang 6 Uhr  
5 Kapellen, 30 bayer. Mad'l  
Vorverkauf! Donnerstag,  
3. Februar, Großes  
Schweineschächten!

**Schreibmaschinen**  
eiche Marken, zu soliden Preisen  
mit Garantie,  
Büro- und Privat- und sämtlicher  
Bürobedarf.  
**Gebr. Weintzichte**  
C 19, Seydlitzstraße 3.

## APOLLO-THEATER

DIREKTION: JAMES KLEIN

Täglich abends 7 1/2 Uhr

## Madame Dubarrys Liebesleben

Großes historisches Ausstattungstück in 4 Bildern  
in Szene gesetzt vom Direktor James Klein. Unter Mitwirkung  
der weltberühmten, aus Amerika zurückgekehrten

**Saharet**  
als  
**Gräfin Dubarry**



**150**  
Mitwirkende

Unter anderem: Das Nachtfest am Hofe Königs  
Ludwig XV. • Lebende Kolossal-Gemälde • Brand von  
Paris • Ikarische Gaukler • Rokoko-Balletts

Vorverkauf ab 10 Uhr  
an der Theaterkasse, sowie invalidendank und Wertheim

**Café**  
**ORIENTS**  
Varieté.  
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.  
**Hervorragendes Februar-Programm**  
Lilly van Vleck Traute van der Kerken  
Franz Hochländer Poppy  
John Mack u. Gerda Bernhard-Bernhardt  
Beliebte Hauskapelle Hanold.

**Korpulenz?**  
Erkundigen Sie sich über die Erfolge von  
**Dr. Hoffbauers** (ges. gesch.)  
**Entfettungs-Tabletten**  
Keine Schilddrüse Kein Abführmittel  
Ausführl. Lit. gratis durch  
**Elefanten-Apotheke, Berlin SW 213**  
Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)  
Amt Ztr. 7192

**Direkte Passage-Gelegenheit**  
I., II. und III. Klasse ca. 10. Februar  
von Hamburg nach Pernambuco, Rio de Janeiro u. Santos  
Nähere Auskunft erteilt:  
**Aug. Bolten**  
Wm. Miller's Nachfolger  
**HAMBURG 11**  
Admiralitätsstr. 36

**Sekt**  
große Posten  
diverse Marken, garantiert  
Traubensekt, zuckergesüßt,  
Naturkork, leicht getrübt, zu  
**M. 15.-**  
per 1/4 Fl. einschl. Glas, exkl.  
Steuer, ab unserem Lager  
**M. 12.-**  
**Süddeutsches Weinhaus**  
G. m. b. H.  
Berlin W 66, Leipz. Str. 13  
Telephon: Zentrum 8820  
Drachwort: Spirowein

**Neueintragungen**  
in die  
**Britett-Kundenliste**  
werden in unserem Haupt-Kontor sowie auch auf unseren  
Lagerplätzen in der Zeit  
**vom 1. bis 10. Februar 1921**  
täglich außer Sonntags von 8-5 Uhr entgegengenommen.  
Die Wahl eines leistungsfähigen Kohlenhändlers ist für  
Ihre Brennstoffverorgung für das ganze Jahr von größter  
Bedeutung. Jedes Quantum wird frei Haus geliefert.  
**Kohlenhof**  
G. m. b. H.  
**Berlin W 9, Potsdamer Str. 134a**  
Fernsprecher: Amt Köpenick 2527-2528  
Lager-Plätze: 1. Paulstraße 20g  
2. Am Nordhafen, Fennbrücke, Ecke Heidestr.  
Zur prompten Belieferung ganzer Häuser stellen  
wir Sammel-Kundenlisten zur Verfügung

**Theater- u. Masken-  
Gard.-Verleih-Inst.**  
King. Damen- u.  
Herren- u. Kin-  
derkostüme zu  
Maskenbällen, Kos-  
tümestunden und Film-  
Aufnahmen verleiht  
preiswert **H. Graf**,  
Berlin W. 57,  
Steinmetzstr. 13.

**Möbel**  
Bedeutend  
herabgesetzte Preise.  
Bar oder Teilzahlung  
Kleinste An- u. Abzahlung  
Wohnzimmer, Schlaf-  
zimmer, Speisezimmer,  
Bierenzimmer, farb.  
Küchen, einz. Möbel  
Liefere auch auswärts.  
**Landwehr**  
Müllerstr. 7, Wedding-  
platz.



Vom 1. Februar ab:  
**Eintragung**  
in die  
**neue Brikettkundenliste**  
50, Elisabeth-Ufer 7-9  
NW, Paulstr. 20B (Lutherbrücke)  
Schöneberg, Torgauer Straße  
Die Karten können auch eingesandt werden.  
Lieferung frei Haus!  
Tausende von Abnehmern sind zufrieden!  
**Kohlen-Expedition G.m.b.H.**  
SW 61, Tempelhofer Ufer 1  
Nollendorf 9910-9914 61D\*

**Eichenbrennholz**  
p. Rmtr. 150.-, Kiefern p. Rmtr. 135.- frei Keller,  
ölfertig zerkleinert, liefert sofort  
**Holz- und Kohlenhandlung Hans Wilhelm**  
Schlesische Str. 33/34 - Mpl. 14543  
Versäumen Sie nicht, Ihre Neueintragung vom 1 bis  
10. Februar in die Kundenliste.

**Stellenangebote**  
**Freiwerkschafflicher Angestelltenverband**  
sucht für seine Berliner Geschäftsstelle einen in der  
Gewerkschafts- und Angestelltenbewegung 3076b  
durchaus **Geschäftsführer**  
erfahrenen Angebots unter E. 18 an die Hauptexp. des „Vorwärts“.

Wir suchen für sofort eine erste  
Kraft als leitenden  
**Redakteur**  
(Leitartikler)  
der auch rednerisch erfolgreich  
tätig sein kann, bei entsprechen-  
der Bezahlung. 187/2\*  
**Lübecker Volksbote**

**Tüchtige**  
**Verkäuferinnen**  
für  
**Obst und Gemüse**  
sofort gesucht  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags  
5-6 Uhr abends  
**A. Jandorf & Co.**  
Kottbuser Damm 1

**Tafelwaagen**  
Süßwaren, lediger und tüchtiger  
**Meister**  
durchaus mit der rationellen  
Herstellung obiger Spezialität  
vertraut, von süddeutscher  
Spezialfabrik zum baldigsten  
Eintritt gesucht  
Offerten unter P. 18 erbeten  
an die Hauptexpedition des  
„Vorwärts“ 68D\*

**Reisigen**  
redigierten Herren, die mit  
Publikum umzugehen verstehen,  
wird von alter Verlegerungs-  
gesellschaft gute Gehälter ge-  
boten, Vorstellung 10-12 An-  
haltstr. 12 II z.

**Fantasiefedern!**  
Tüchtige Arbeiterinnen sofort  
erbeten! **Wittich & Stahmer**,  
Zimmerstr. 14/15. 3078\*

Groß-Berlin

Aus heutigen Schularztberichten.

Einen allzu strengen Maßstab haben die Schularzte Berlins wohl niemals angelegt, wenn sie den Gesundheitszustand der Gemeindeforschüler zu begutachten haben.

Kunmehr ist aus dem Schuljahr 1918/19, dem ersten, dessen Schluß in die Zeit nach dem militärischen Zusammenbruch und der politischen Umwälzung fiel, der vom Medizinamt Berlin zusammen-

gestellte Gesamtbericht über die Tätigkeit der Schularzte erschienen. In den darin mitgeteilten Auszügen aus den Einzelberichten der Aerzte fällt sofort auf, daß sie diesmal sehr viel un-

günstigere Urteile bringen. „Der Gesundheitszustand der Kinder“, schreibt Dr. Bernhard, „stand unter der Einwirkung der Hungerblockade. Mithin ist schon im vorigen Jahresberichte mit-

teilen, daß der Ernährungs- und Gesundheitszustand sich wesentlich verschlechtert habe, so ist dies im vergangenen Jahre in erhöhtem Maße der Fall ge-

wesen. Das war bei den Untersuchungen der Schullehrer, bei den Durchmusterungen der Klassen und bei den Untersuchungen der zur Entlassung kommenden Kinder festzustellen.“

Im vorhergehenden Jahr hatte, nebenbei bemerkt, derselbe Dr. Bernhard geschrieben: „Der Gesundheitszustand der Kinder war im Berichtsjahr recht befriedigend. Eine wesentliche Verschlechterung des Ernährungs-

zustandes ließ sich im allgemeinen nicht feststellen. Diese war nur zu finden bei Kindern, die an chronischen Erkrankungen, besonders der Lunge, litten.“

Dr. Rau sagt diesmal: „Wenn man sich bis dahin freuen konnte, daß eine Einwirkung der Blockade auf das Aussehen und die Konstitution der Schulkinder wenig zu bemerken war, so begann jetzt diese Wirkung von Woche zu Woche sichtbarer zu werden.“

Die Kinder wurden magerer, blässer, sahen müder aus, und wenn auch immer ein Teil der Kinder, die durch Beziehungen zum Lande oder durch den Schleichhandel bevorzugt waren, in ihrer Munterkeit und ihrem Aussehen wenig zu wünschen übrig ließen, so wurde doch jetzt bei einem großen Teile immer offenkundiger, was die lange Unterernährung an nicht mehr gutzu-

machendem Schaden angerichtet hatte.“ Das Urteil des Dr. Hesse lautet: „Ich habe den Eindruck, daß besonders die zur Einschulung untersuchten Kinder im allgemeinen im Vergleich zu früheren Verhältnissen von schwächerer Körperbeschaffenheit waren.“

Dr. Wallenstein berichtet: „Der Ernährungs- und Kräftezustand, besonders in der Unter- und Mittelstufe, verschlechterte sich zusehends. Die körperliche Widerstandsfähigkeit und die Ausdauer im Unterricht ließen erheblich nach.“

Dr. Vandsberger: „Die Kinder sind unterernährt und machen oft den Eindruck, als seien sie zwei Jahre in der Entwicklung zurückgeblieben.“

Dr. Pflüger: „Die Bedrücknisse des Krieges warfen ihre Schatten ganz besonders auf die körperliche Entwicklung der Kinder. Wegen der schwierigen Lebensverhältnisse litten sie unter Körpererschöpfung, Blutarmut und Strophulose.“

Dr. Schmitzer: „Anfolge der Hungerblockade und der mit ihr im Zusammenhang stehenden Unterernährung haben Blutarmut, Strophulose und Tuberkulose in ganz erschreckendem Maße um sich gegriffen, bei Erwachsenen in einem solchen Grade, daß all die ungeheuren Opfer der Tuberkulosefürsorge in den letzten Jahrzehnten, all die schönen Erfolge der letzten Jahre vor dem Kriege völlig zunichte gemacht worden sind, aber auch bei unseren Schülkindern in einem Maße, daß Lendenentzündung und Gelenkentzündungen nur vorübergehend Abhilfe zu schaffen vermochten.“

Der Gesamtbericht gibt Auszüge nur aus 20 Einzelberichten, während Berlin 50 Schularzbezirke hat. Nur in zwölf dieser Auszüge werden die Ernährungsverhältnisse oder ihre Einwirkung auf den Körperzustand der Kinder erwähnt, aber in keinem finden wir jetzt noch ein günstiges Gutachten. Wir haben uns hier auf Wieder-

gabe einer Auswahl beschränken müssen. Erwähnt sei nur noch folgendes Urteil des Dr. Grünbaum: „Der Ernährungs- und Gesundheitszustand ist, wie zu erwarten war und wie man wohl ohne Scheu sagen darf, bei den Kindern immer schlechter geworden. Besonders bei den Schulanfängern ist das zu bemerken, die mit wenigen Ausnahmen unentwickelt sind.“

Oeffentl. Wählerversammlungen

heute, Mittwoch, den 2. Februar, abends 7 Uhr: Tempelhofer: Aula des Realgymnasiums, Kärntner-Kunigst-Strasse. Referent: Reichstagsabgeordneter Karl Giebel.

Morgen, Donnerstag, den 3. Februar: Neukölln: Frauenversammlung, Greifs Festhalle, Hermannstraße, Ecke Schillerstraße. Referentin: Reichstagsabgeordnete Antonie Pfaff.

Friedenau-Schöneberg: Frauenversammlung, Bürgeraal des Rathauses Friedenau. Referentin: Reichstagsabgeordnete Maria Wobm-Schuch.

Hermisdorf: Öffentl. Waldschlöden. Referent: Landtagsabgeordneter Gustav Heller.

Karlshorst: Carl-Restaurant „Zur Rennbahn“, am Bahnhof. Referent: Reichstagsabgeordneter Karl Giebel.

Friedrichshagen: Konrad's Festhalle, Friedrichstraße. Referent: Robert Dreuer.

Buchholz: Bei Hädel, Gasewaller Str. 67. Ref.: Jakob Altmaier. Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden: Schulaula der Realschule Florowstraße (Studenrauschplatz) in Steglitz. Referent: Reichstagsabgeordneter Wilm Stemmler.

Angestellte im Handel und Industrie: Im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 18. Versammlung aller Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, die auf dem Boden der S.P.D. stehen. Tagesordnung: Unsere Aufgaben bei den nächsten Wahlen. Referent: Genosse Franz Krüger.

Umland, Eisenbahner! Bei Schula, Eilabstraße 30 (gegenüber der Alexander-Passage), außerordentlich wichtige Besprechung sämtlicher Vertrauensleute der Eisenbahner, die auf dem Boden der S.P.D. stehen. Erscheinen unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

arzt über die Not der hungernden Kinder an die Öffentlichkeit gelangt wäre, hätte ohne Zweifel das Oberkommando einen Riegel vorgeschoben.

In auffälligen Gegensatz zu den jetzt mitgeteilten Äußerungen der Aerzte steht das Ergebnis der bei den Gemeindeforschulrektoren veranstalteten Umfrage über den Einfluß der Ernährungs-schwierigkeiten auf den Gesundheitszustand der Kinder. Sie fand im Oktober 1918 statt, nachdem in den zwei Jahren vom Oktober 1916 ab bereits vier gleichartige Umfragen veranstaltet worden waren. Noch im Oktober 1918 äußerten die Berichte aus 171 Gemeindeforschulen sich dahin, daß der Gesundheitszustand nicht beeinträchtigt worden sei, und nur aus 133 Gemeindeforschulen stellten die Berichte eine mehr oder weniger bemerkbare Beeinträchtigung fest. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, was jene noch aus der Kriegszeit kommenden Urteile wert sind.

Brillantenräuber.

Kriminalbeamten-Teil einer Schwindlerbande. Ein Brillantenkollier im Werte von 180 000 M. wurde gestern einer Dame am Kurfürstendamm gestohlen, die in Bekanntenkreisen erzählt hatte, daß sie gewillt sei, ihr wertvolles Brillantenkollier zu verkaufen. Davon erfuhr auch ein dreiköpfiges Schwindlerkonfession, das sogleich ans Werk ging.

Zunächst erschienen zwei Männer bei der Dame, gaben sich als Kaufmänner aus und ließen sich das Kollier zeigen. Weil die Dame nicht recht wußte, welchen Wert der Brillantenkollier heute dar-

stellt, so forderte sie keinen Preis, sondern verlangte von den vermeintlichen Käufern, daß sie ihr ein Angebot machen. Die Männer sagten, daß sie am nächsten Tage mit einem Lagator wiederkommen würden, damit dieser ihnen den Wert des Schmuckes abschätze. Beide erschienen dann auch in Begleitung eines dritten Mannes, der sich den Schmuck genau ansah und dann sagte, daß dieser einen Wert von 700 000 bis 800 000 M. repräsentiere. Die beiden Kaufmänner erbieten sich dann auch, diesen Preis dafür zu bezahlen. Blödsinnig aber nahm das Geschäft eine unerwartete Wendung. Der „Lagator“ zog eine Erkennungsmarke aus der Tasche und legitimierte sich damit als Kriminalbeamter, belegte das Brillantenkollier mit Beschlagnahme und verhinderte den Kaufabschluss. Die Leute waren sehr überrascht und machten sich schleunigst aus dem Staube. Der „Beamte“, der den Halskollier eingesteckt hatte, rannte hinter ihnen her, um sie festzunehmen. Die bestrahlte Dame wußte nicht recht, was in dem großen Durcheinander gespielt wurde, und ehe sie zur Besinnung kam, waren alle drei Männer verschwunden. Der „Herr Lagator“ und „Kriminalbeamte“ hatte ein vor der Tür wartendes Automobil bestiegen und war davon gefahren. Der gestohlene Schmuck stellt eine Silberkette dar mit vier großen Perlen. Der annehmbare Anhänger trägt eine große ovale Perle. Das ganze Schmuckstück, das noch zwei silberne Seitenketten hat, ist insgesamt mit 208 Diamanten besetzt.

Der zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn eingesehene Stadtkommissionen-Ausschuß hielt gestern unter dem Vorsitz des Stadtkommissionen-Vorsitzenden im Sitzungssaal der Straßenbahn keine Beratungen mit der Anhörung weiterer Sachverständiger und der Ergänzung der bisherigen Gutachten fort. In der nächsten Sitzung soll die allgemeine Aussprache über die in den Gutachten zur Sprache gekommenen Tatsachen begonnen werden.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Der Betriebsrat des Städtischen Dismasens nimmt jetzt in einem sehr ausführlichen Schriftstück zu den Diebstählen am Dismasen Stellung. Unter anderem erklärt er es für unzureichend, daß die Diebstähle am Dismasen in den letzten Monaten zugenommen hätten, es könne im Gegenteil auf Grund der geführten schwarzen Liste und der Meldungen des Aufsichtspersonals der Nachweis erbracht werden, daß die Diebstähle in letzter Zeit bedeutend nachgelassen haben. Es kann keine Rede davon sein, daß der Vorsitzende des Betriebsrats es abgelehnt hätte, die Namen der bei Diebstählen abgefahrenen Personen zu nennen, die Kriminalkommission werden im Gegenteil bestätigen, daß die Mitglieder des Betriebsrats sie in jeder Weise unterstützen, und daß dadurch ihre Arbeit wesentlich erleichtert wird. Außerdem sind schon vom Betriebsrat seitens des Personals sowohl an den Toren wie auch in den Aufenthaltsräumen des Personals unter Mitwirkung von Polizeibeamten beantragt worden. — Es

Schemelka kam hinter ihr her. „Marja! Geh doch nicht! Jetzt gib's Spaß! Hast du Langeweile gehabt?“ „Laß mich!“ „Na, ich konnte ja nicht früher wegkommen. Ist die Badestube warm?“ „Sie ist jeden Abend warm gewesen, seitdem du gegangen bist.“ „Ich konnte ja nicht früher wegkommen. Sei doch nicht so. Komm, stell uns das Essen auf den Tisch, das uns die Mutter geschickt hat.“ „Das werdet ihr wohl selber können.“ In Schemelkas Augen blitzte es auf: „Du wirst es tun!“ „So? Ich?“ „Ja, du. Und den Tee kochen und alles bereistellen, während wir baden gehen.“ Er sagte es befehlend wie zu einer Leibeigenen und ging. Marja gehorchte, öffnete den Kasten, nahm die Sachen heraus, stellte sie auf den Tisch, kochte den Tee und setzte ihn auf die Ofenbank. Als sie die Männer aus der Badestube kommen hörte, stand sie auf und ging hinter das Häuschen, wo sie durch die offene Luke alles hörte, was gesprochen wurde. „Wohin ist denn dein Mädchen gegangen? Weshalb kommt es denn nicht, den Tee einzugießen?“ hörte man einen fragen. „Laß sie nur“, erwiderte Schemelka darauf. „Sie ist noch schlaftrunken. Sind blöde, die Schwedischen.“ „Sie sieht mir nach nichts aus, dein diesjähriges Mädchen“, sagte ein anderer. „Manches ist ganz hübsch an ihr.“ „Aber finstre Augen macht sie dir.“ „Hast früher bessere gehabt.“ „Zum Beispiel?“ „Die Anja noch.“ Sie sprachen, brümmten dazwischen von etwas anderem. Dann sagte Schemelka: „Und was habt ihr an dieser auszusehen?“ „Mag wohl nicht mehr so jung sein.“ „Was tut das Alter, wenn sie sonst gut ist.“ „Ist sie das?“ „Als sie mich zum erstenmal drückte, fürchtete ich, es wäre mein Tod.“ (Fortf. folgt.)

Gute Ratschläge für die Straßenbahn.

Der zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn eingesehene Stadtkommissionen-Ausschuß hielt gestern unter dem Vorsitz des Stadtkommissionen-Vorsitzenden im Sitzungssaal der Straßenbahn keine Beratungen mit der Anhörung weiterer Sachverständiger und der Ergänzung der bisherigen Gutachten fort. In der nächsten Sitzung soll die allgemeine Aussprache über die in den Gutachten zur Sprache gekommenen Tatsachen begonnen werden.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Zu den schwebenden Fragen äußerte sich Generaldirektor Dr. Bussow über den Umsteigeverkehr und über die Errichtung von Autobuslinien. Dr. Bussow erklärte, daß er grundsätzlich ein Freund des Umsteigeverkehrs sei; aber in Berlin mit seinem weitverzweigten und den allermeisten Ansprüchen genügenden Liniennetz sei ein solcher Umsteigeverkehr nicht notwendig. Er würde das Unternehmen finanziell erheblich schädigen. Auch gegen die beabsichtigten Umsteigefahrtscheine mit zweistündiger Geltung äußerte Dr. Bussow erhebliche Bedenken. Auch bedeute die Abfertigung mit diesen Umsteigefahrtscheinen eine im Betriebsinteresse nicht erwünschte Belastung der Schaffner. Die Errichtung von Autobuslinien als Konkurrenz für die Straßenbahn hochzugehen, hielt Dr. Bussow gegenüber einer Veröffentlichung über eine Unternehmung mit Dr. Adler für gefährlich. Man würde die Straßenbahn außerordentlich schädigen und sollte vielmehr derartige Pläne hintanhalten. — Prof. Giese empfiehlt, daß Straßenbahnunternehmen zu enteopolitieren. Auch er hielt den geplanten Umsteigeverkehr für praktisch undurchführbar. Die Vertreter des Betriebsrats, Schaumburger und Hebel, polemisierten heftig gegen die bürgerliche Presse und die frühere Zeitung, erklärten sich aber zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen bereit. Von Bedeutung waren auch die Ausführungen des Oberingenieurs Kleinheim, des jetzigen Leiters der Hauptwerkstatt, über die Ursachen für den Rückgang der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Der Ausschuß beschloß, dieses Gutachten den Mitgliedern noch schriftlich zuzustellen.

Schweres Blut.

Roman von Jahani Mo.

27] Immer hat Schemelka noch keine Wirtin mitgebracht. O weh!

„Hat nur ein Sommermädchen gebracht.“

„Wie immer zuvor.“

„Unser Pfarrer traut ihn nicht mit der Frau eines anderen. — Traut ihn nicht, nein, traut ihn nicht.“

„Und einer Ungetrauten gibt die Alte nie die Schlüssel heraus. Das fehlte noch.“

„Gibt sie nicht, nein, gibt sie nicht.“

„Er macht aus dir, was er aus uns gemacht hat, eine Leibeigene bloß.“

„Wie aus euch?“

„Uns hat er auch zuerst hierher gebracht, eine nach der anderen, hat uns einen Sommer behalten, uns dann im Herbst seiner Mutter als Leibeigene geschenkt.“

„Also du hast einen Hof und einen Mann — einen eigenen Hof, einen eigenen Mann, einen eigenen Hof, mit Kühen voll besetzt — und bist hierher als Leibeigene gekommen? Du bist eine!“

Sie wiegten wehklagend den Körper. Anjas Augen füllten sich mit Tränen:

„Ach, armer Schemelka! Hat er immer noch nicht die Richtige gefunden? Und hat ja schon Mädchen gehabt wie wir.“

„Das Haus voll!“

„Das Haus von uns voll! Hätte er doch jetzt die Rechte gefunden, hätte ein neues Leben in Schemelka angefangen. Daheim wäre er geblieben, nicht den Winter von Markt zu Markt, nicht den Sommer von Prasnitz (Fest) zu Prasnitz.“

„Seid ihr viele dort?“

„Unser sind — wieviele doch gleich... fünf!“

„Du die sechste.“

„Macht schnell! Er läßt uns seinen Männern, wenn wir hierbleiben! Da, Schweden-Marja, das Essen und das andere, was seine Mutter schickt — der kleine hier ist für den Fischer-Watti.“

Sie warfen zwei Kanzen auf den Fußboden und eilten hinaus, hinter dem Häuschen davon, ehe die Kommenden auf den Hof gelangt waren.

9. Vom Strande drangen Männerstimmen herauf, Lachen, Schreien, Zanzen und dann wieder Lachen. Schemelka kam auf den Hof, die anderen dann etwas hinter ihm. Marja sah in dem Häuschen an der Wand, ohne ihnen entgegenzugehen.

„Heda, Marja, heda!“ hörte man Schemelka rufen. „Wo ist die Wirtin?“

Er kletterte etwas mühsam über die Schwelle.

„Na, da ist sie ja! Weshalb kommst du mir nicht entgegen? Was für Kanzen sind denn das?“

Seine Augen waren trüb, die Knie mehr als sonst geträumt.

„Ich weiß nicht“, sagte Marja, indem sie versuchte vordere und hinauszuhuschen. — „Deine früheren Mädchen haben sie gebracht.“

„Dann ist Essen für uns darin. Nun, jetzt hat's keine Rot. Hier ist Speise und hier ist Trank, von Schemelkas Mädchen gebracht! Kommt herein, Jungens! Kommt, seht sie euch an, hier ist sie!“

Er packte Marja am Hals und ließ sie nicht entfliehen. Junge Männer standen in einem Halbkreis vor der Tür. Marja versuchte vergeblich sich loszureißen.

„Die müssen wir fliegen lassen! Die müssen wir fliegen lassen, dein neues Mädchen!“

„Laßt sie fliegen! Laßt mir mein neues Mädchen fliegen, Jungens!“

Marja wurde ergriffen und in die Luft geworfen. Nach etlichen Würfen gelang es ihr aus dem Kreis herauszukommen, indem sie mit dem Kopf unter einigen Äheln durchfuhr, und sie floh hinter die Hütte. Alle rochen sie nach starken Getränken. Hatten wahrscheinlich viele Tage getrunken. Die Berührung ihrer Hände brannte, es war, als müsse an jeder Stelle, wo sie sie gepackt hatten, ein Fied geblieben sein. Sie waren ihr widrig, fremdrassig, wie dem Wild im Walde das Stalltier, wie dem Renntier die Kuhherde des Ackerbauers.

treffe zu, daß bei Diebstählen ganz geringen Umfangs von einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft abgesehen worden sei, weil in diesem Falle ein strafrechtlicher Verfolg mit Rücksicht auf die Bestimmungen über Rundraub aussichtslos erschien; solchfalls ist jedoch eine disziplinarische Bestrafung durch die Verwaltung des Hafens erfolgt. Diese disziplinarischen Strafen bestehen darin, daß der Betreffende unter Verlust seines Lohnes bis zu vier Wochen die Arbeit aussetzen muß. In allen schwereren Fällen ist stets Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Die Kontrolle an den Ausgängen erfolgt mittags und abends durch das vereidigte Wachpersonal des Hafens; die Kriminalbeamten der Polizei wirken ohne vorherige Anmeldung in unregelmäßigen Zwischenräumen mit.

Soweit die Feststellungen des Betriebsrates, von denen wir aus Platzgründen nur einen Teil wiedergeben können. Im übrigen scheint aus den bis erigen Ermittlungen hervorzugehen, daß die Diebstähle nicht den Umfang angenommen haben, wie es die erste Meldung erwarten ließ. Der Berliner Magistrat teilt dazu mit, daß die Untersuchung über die Diebstähle im Osthafen im Gange ist. Der Deputiert für die Häfen, Stadtrat Schöning, hat für heute eine Sitzung des Verwaltungsrats für Häfen und Schiffahrt angeführt. Er wird dort, wie auch am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung, das Ergebnis der Untersuchung bekanntgeben. Für heute sei soviel festgestellt, daß die in der Tagespresse erwähnte Entwendung von 30 Zentnern Carbid, à 75 Kilogramm, 125 Tonnen Kohle, 103 Sad Radeln, à 25 Kilogramm, bereits im Jahre 1919 festgestelt und alsbald damals verfolgt worden ist.

### Boeh' Nachfolger.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Waldeck Manasse trat der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtkämmerers von Berlin, an Stelle des zum Oberbürgermeister gewählten Kämmerers Boeh, im Berliner Rathaus zusammen. Es wurde beschlossen, vorläufig von einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle Abstand zu nehmen, weil der Ausschluß in seiner Mehrheit der Ansicht war, daß zunächst erst einmal unter den mit den Berliner Finanzverhältnissen vertrauten kommunalpolitischen Umstän gehalten werden soll. Der Vorsitzende drang darauf, daß möglichst schnell verhandelt wird, und wird eine neue Sitzung möglichst bald anberaumen.

### Indische Trauerzeremonie in Berlin.

Das Städtische Krematorium in der Gerichtstraße war gestern der Schauplatz einer für Berlin ungewohnten Trauerzeremonie: Der in der Nacht vom 20. zum 21. Januar in Charlottenburg ermordete indische Student Shing wurde nach indischem Ritus — soweit sich dies mit den behördlichen Vorschriften über die Feuerbestattung vereinbaren ließ — eingehend. Zu der Trauerfeier waren die in Berlin weilenden Mitglieder der indischen Kolonie, etwa 10 an der Zahl, sowie die deutschen Freunde des Ermordeten erschienen. Den schlichten schwarzen Sarg schmückte ein mächtiges Kriegerarrangement, gewidmet von seinen Landsleuten, auf dem in Sanskrit die Worte standen „Ich verehere das Mutterland — Freiheit“. Nach einleitendem Orgelspiel hielten zwei der indischen Freunde dem Toten in indischer Sprache Ansprachen, in denen sie das tragische Geschick des fern von der Heimat Gestorbenen schilderten. Dann begann die eigentliche Trauerzeremonie, die nach dem Ritus der hinduistischen Sekte der Sikhs vor sich ging. Zuerst betratete ein Dramahne sein stilles Gebet am Sarge. Dann rezitierte ein hochgewachsener Inder, der als einziger seine heimatische Kopfbedeckung, den weißen Turban, trug und der selbst Anhänger der Sikhs ist, einen Abschnitt aus dem Gebetbuch der Sikhs. Er trug das Gebet, das fast eine halbe Stunde dauerte, aus dem Kopf vor, halb sprechend, halb singend, in einer eintönigen Melodie. Ein kurzes Schluchgerot, zu hören des Verstorbenen verriet, schloß die Zeremonie. Unter Orchestralbegleitung sank der Sarg in die Tiefe, um dort den Flammen übergeben zu werden.

### Bezirksversammlung Berlin-Mitte.

In der im Bürgeraal des Rathauses am Montag tagenden Versammlung stand ein Antrag der Fraktion „Bürgerliche Rechte“ auf der Tagesordnung, den Zugang nach Berlin zu sperren in Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot. Der Antrag richtet sich insbesondere gegen die o s j ä d i s c h e Zuwanderung. Mit 27 gegen 24 Stimmen der rechten Seite der Versammlung wurde der Antrag abgelehnt, nachdem Volkmerhaus (U.S.P.) darauf hingewiesen hatte, daß es Aufgabe der Wohnungsämter sei, dafür zu sorgen, daß die eingewanderte Bevölkerung durch die zu-

wanderer nicht benachteiligt werde. Der Vorsitzende Paul Wendel (U.S.P.) berichtete dann für den Ausschluß zur Besetzung der Bezirksämter. Die U.S.P. hat ihren Parteisekretär, früheren Metallarbeiter Fritz Schneider für den Bürgermeisterposten vorgeschlagen, der auch die Unterstützung der anderen Linksparteien findet. Die Rechtsparteien fordern dagegen die Besetzung mit einem Fachmann. Dagegen ist die Besetzung der zweiten Bürgermeisterstelle den bürgerlichen Fraktionen überlassen worden. Als befohlener Stadtrat ist von der S.P.D. der Genosse Kühne, Gewerkschaftssekretär beim Verband der Kupferschmiede, aufgestellt worden. Ueber die Wahl der sechs unbesetzten Stadträte wurde noch nicht verhandelt. An Stelle von Frau Wehl ist Stadtrat Brühl zum Verbindungskommissar mit dem Groß-Berliner Magistrat ernannt worden. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß der Oberpräsident von allen Kandidaten für die Besetzung des Bezirksamts den Lebenslauf zu erhalten wünscht.

Eine Benzinexplosion in Charlottenburg ereignete sich gestern in dem Elektrizitätszählerwerk Kron, Wilmersdorfer Str. 39. Eine Frau wurde schwer verwundet und mußte nach dem Krankenhaus transportiert werden. Die Feuerwehr löschte den entstandenen Brand nach halbstündiger Tätigkeit. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

Ausfemische Hehe in den Gemeindefchulen. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir kürzlich unseren Lesern über merkwürdige Vorgänge an der 31. Gemeindefchule in Moabit. Hierzu teilt uns das preussische Unterrichtsministerium jetzt mit, daß der Lehrer Siebert nach den inzwischen getroffenen Feststellungen tatsächlich einem jüdischen Schüler gegenüber Äußerungen getan hat, die gegen den pädagogischen Takt verstößen. Gegen den Lehrer ist das Erforderliche veranlaßt worden; gleichzeitig wurde der Rektor darauf hingewiesen, daß eine Vereinigung, wie sie von einigen Schülern seiner Anstalt ins Leben gerufen wurde, zu verbieten sei.

Vorläufig keine Banklostenzuschüsse für Wohnlauben. Die drei Millionen Mark, die dem Wohnungsamts Berlin zur Verfügung standen für die Verteilung von Banklostenzuschüssen für Wohnlauben sind erschöpft, nachdem etwa die Hälfte der Summe verteilt ist und die andere Hälfte für die bereits vorliegenden und in Arbeit befindlichen Anträge vorgesehene ist. Es ist daher zwecklos, neue Anträge auf Veranschlagung von Wohnlauben einzureichen, die das Wohnungsamts nur belastet, ohne berückichtigt werden zu können. Wenn neue Mittel bereitgestellt sind, wird dies bekanntgegeben werden, zugleich mit der zuständigen Amtsstelle, die die Verteilung vornehmen wird.

Ein Brief, der fünfzig Jahre unterwegs war. Am 3. August 1871 fandte der damalige Inhaber der Verlagsbuchhandlung H. Raub u. Co. in Berlin, Wilhelmstraße, einen Brief an einen Verwandten in Liverpool. Dieser Brief ist jetzt — nach fast fünfzigjähriger Reise — als unbestellbar hier wieder eingetroffen und den Hinterbliebenen des inzwischen verstorbenen Briefschreibers ausgehändigt worden. Wo er inzwischen gesteckt hat, konnte nicht ermittelt werden. Das Kuwert ist ebenso wie der Brief auch erhalten, die Schriftzeichen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die auf den Brief geklebten Marken — zwei Ein Groschen — und eine Einviertelgroschenmarke — sind ebenfalls unversehrt.

Kurios für Gartenfreunde. In der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem findet in der Woche vom 14. bis 19. März d. R. ein allgemeiner Gartenbaukursus für Gartenfreunde statt, in dem alle Fragen des in wächtigen Obst- und Gemüsebaues berührt werden. — Anmeldungen sind sofort an den Direktor der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem zu richten.

Milchbelieferung. Heute werden die 1/2-Liter-Krankentarten voll beliefert, die 1/2-Liter-Krankentarten erhalten keine Milch. Am 3. Februar erhalten die 1/2-Liter-Krankentarten nur 1/2 Liter frische Milch, die 1/2-Liter-Krankentarten werden voll beliefert. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Eine Elternversammlung taubstummer Kinder findet Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula der Städtischen Taubstummenschule, Markstraße 49, statt. Tagesordnung: 1. Neuordnung des Taubstummenwesens in Groß-Berlin. Referent: Herr Direktor Schorsch. 2. Freie Ansprache.

Miete Wäcker registriert in den von der Gemeinde Berlin-Treptow eingerichteten Volkshäusern am Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Realgymnasium. Erwerbslose erhalten Karten zum ermäßigten Preise im Rathaus.

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Potsdam-Romawas, veranstaltet Donnerstag, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Viktoria-Gymnasiums, Potsdam, Kurfürstenstraße 53, einen wissenschaft-

lichen Film- und Lichtbildervortrag. Aus dem Programm seien hervorgehoben: 1. Der Bodensee. 2. Ban der Posttische zur Schnellbahn. 3. Das Wachstum der Pflanzen, Film mit 30 000facher Beschleunigung wiedergegeben. 4. Diskuswerfen, Zeitrasterfilm mit etwa 20facher Vergrößerung. 5. Hochsprung, Zeitrasteraufnahme. 6. Das Leben im Wassertropfen, mikrophotographische Filmaufnahme. Die Vorträge werden von Herrn Geheimrat Dr. Rasso und vom Genossen Fredow gehalten.

## Filmschau.

In den Lichtspielen „Neue Philharmonie“ wird zurzeit ein räuberisches Schauspiel „Eines großen Mannes Liebe“ vorgeführt. Ueber den zeitigen Mangel an Landesfürsten sucht der Verfasser uns hinwegzutreiben, indem er Musterexemplare eines guten und eines schlechten „Landesherrn“ in seinem Stuhl vertritt. Einigenmaßen erfolgreich wird der innerlich unwohne Film durch das Spiel von Louis Feuillade und Felix Basc. — Entschädigt werden die Zuschauer durch das daneben angeführte Schauspiel „Der Vorstadt-Caruso“, in dem man über die grotesken Szenen herzlich lacht. — Gelurkt wurden die Filme in einem Tempo, daß die auftretenden Personen ständig im Lauffuß dahineilten.

Die Uraufführung des Hamlet-Films mit Asta Nielsen findet am 4. Februar in den Koszar-Lichtspielen. — Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt, daß der Film seinen Stoff nicht aus dem Shakespeare'schen Drama, sondern aus einer von Professor Binning aufgefundenen Hamletlegende schöpft.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 2. Februar:

22. Abt. Die bei Gohle, Friedrichsberger Str. 22, liegenden Flugblätter sind von den Genossen sofort in Empfang zu nehmen und zu verteilen.

22. Abt. (Steglich) 8 Uhr bei Clement, Döppelstr. 7: Funktionsprüfung. (Keine Unbedingtheit erforderlich.)

12. Abt. (Schwarz), Frauenabend um 7 1/2 Uhr bei Soede, Adenauer Straße 112, Referent: Gertraud Lobdal.

12. Abt. (Rauhof), Frauenversammlung 7 1/2 Uhr Behnhofstraße (gegenüber vom Tunnel), Referent: Martha Dopp.

Elternräte nachmittags 3 1/2 Uhr in den Kommerzienstr. Potodamer Platz. Bund entschiedener Schulreformer. Thema: „Film und Volkshilbung“.

Morgen, Donnerstag, den 3. Februar:

Kreis 1 (Mitte) 7 Uhr im Restaurant „Bürgerheim“, Witz Schöndorfer Straße 222, Fortbildung mit den Abteilungsleitungen.

Kreis 6 (Halle'sches Tor) 7 1/2 Uhr bei Wolff, Fischer Str. 44, Sitzung der Obleute der Elternräte.

22. Abt. 7 Uhr bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1, Sitzung sämtlicher Funktionsräte, Betriebsvereinsleute und Elternräte.

51. Abt. (Charlottenburg) 11. Gruppe 7 1/2 Uhr bei Kant, Forstweg 26, Sohlabend.

49. Abt. (Wilmersdorf) 7 1/2 Uhr bei Ulfert, Brandenburger Str. 75, Ref. Erich Kautz. Thema: „Die Schenkungen und ihre Verbindlichkeiten“.

7. Abt. (Schöneberg) 7 1/2 Uhr bei Groß, Schanzstr. 17, Vortrag: „Die Frauen und die Landtagswahlen“, Referent: Schulz.

## Aus aller Welt.

### Verurteilte Kriegsverbrecher.

Drei Marineangehörige, die in Stagen, an der Nordspitze Jütlands, wo sie mit einem Minentauchboot weilen, mehrere Villen ausgeplündert hatten, standen vor der Kieler Strafkammer unter der Anklage, Silberlachen, Bettzeug und Wäsche gestohlen zu haben. Mit Rücksicht auf den hohen Wert der Sachen sowie auf die schwere Schädigung des deutschen Namens und Ansehens im Auslande erkannte das Gericht gegen zwei noch unbescholtene Angeklagte auf je ein Jahr drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

### Ein englisches Riesenluftschiff zerstört.

Wie das englische Luftministerium bekanntgibt, ist das Luftschiff „R 34“ nach einer schweren Havarie bei einer Landung durch den Sturm vollständig zerstört worden. Eine Wiederinstandsetzung kommt nicht in Frage. „R 34“ war bekanntlich jenes Luftschiff, das im Jahre 1919 unter dem Kommando des Generals Raitland und mit 30 Mann Besatzung an Bord den Atlantischen Ozean überquerte.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Die Kleiderwerke Doer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in der Chaussee-straße 29/30, teilt uns mit, daß sie sich bemüht, durch Anfertigung der neuesten Modelle unter Verwendung hervorragender Erzeugnisse der deutschen und ausländischen Textindustrie die Mode mitzubestimmen. Die Preise sind herabgesetzt. Auch auf dem Gebiete des Preisabbaues bemühte sich die Firma Doer Sohn eine Sozialistin zu sein.

# Albert Rosenhain

Lepziger Straße 72-74 (neben den Kolonnaden)

## Verkauf von Qualitätswaren Inventur-Verkauf Enorme Preis-Herabsetzungen

**Reise-Handtaschen**  
mit Aufspannbügel (Maulbügelform)  
Vollrindleder, gute Verschlüsse  
Lg. ca 45 50 55 cm  
290 M. 330 M. 370 M.

**Reise-Handtaschen** braun, Rindspaltleder, mit Aufspannbügel, Ledergriff, früher 220 M. jetzt 120 M.  
**Einrichtungstaschen** aus la Leder, mit 16 guten Gebrauchsgegenständen für Damen, früher 350 M. jetzt 365 M.  
**Rindleder-Koffer** aus la Leder, m. 18 g. Instrumenten, ca 50 cm lang, früher 850 M. jetzt 875 M.  
**Handkoffer** braunes Rindleder, Ledergriff und gute Verschlüsse, Länge ca 60 (5 70 cm), 575 M. 650 M. 725 M.

**Ge'dtaschen, Autolack.** mit Schloßtasche u. Lederfutter, für Herren... früher 95 M. jetzt 55 M.  
für Damen... früher 75 M. jetzt 35 M.  
**Geldschein-Taschen** antik gearbeitete Kalf oder... früher 36 M. jetzt 24 M.  
**Banknoten-Taschen** Rindleder, mit 3 Abteilungen, m. vers. stiel baren Schloß, früher 95 M. jetzt 54 M.  
**Zigaretten-Etuis** stark hübsch, in Musterwahl, früher 1350 M. jetzt 5 M.  
**Rasier-Tische** vernickelt, m. Glasplatte, Facetten Spiegel, 3 teilige Einrichtung, früher 700 M. jetzt 575 M.  
**Rasier-Apparate** Messing u. Silber, mit gebogenem Klänge... früer 16.00 jetzt 12 M.

**Schreiblich-Unterlagen** m. 4 Metallack, fr. An 13 50 M. jetzt 6 75  
**Ballfächer** Handmalerei, mit ausgeh. Filtern, hergestellt... früher 37 50 M. jetzt 25 M.  
**Elektr. Taschenlampe** mit dauerhafter Batterie u. Birne, Scheinwerler... früher 30 M. jetzt 12 50  
**Kaffeeseervices** it. vernickelt, 4teilig... früher 525 M. jetzt 169 M.  
**Salzstreuer** Kristall, geschliffen, mit versilbertem Deckel... früher 13 50 M. jetzt 8 90  
**Schmuckkästen** ca. 25 verschiedene Ausführungen, gute Verarbeitung 3 90 6 90

Eine große Anzahl **Kristall-Schalen, Vasen, Teller etc. etc.** verschiedene schöne Schilife im Preise 40 70<sup>o</sup> erhellweise bis 70<sup>o</sup> möglich.

Eine große Anzahl **Kunst-Gegenstände** aus: Bronze, Marmor, Elfenbein etc. im Preise bedeutend herabgesetzt.

**Reise-Necessaires**, schwarz, gute Gebrauchsgegenstände 75<sup>00</sup> 85<sup>00</sup> 145<sup>00</sup> bis zu den elegantesten Ausführungen

Für Geschenke besonders geeignet: **Restbestände** und einzelne: Brieftaschen, Zigaretten-Etuis, Geldtaschen, Scheintaschen, Zigaretten-Etuis etc. etc. ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu ganz enorm billigen Preisen

Analyse der Möglichkeiten des Schadenersches ist ein bedeutender Schritt vorwärts, da es fatal ist,

längere Zeit mit einer Lüge zu leben.

Unglücklicherweise behält Frankreich allzu lange seine Illusionen. England

kommt allmählich davon zurück.

Aber obwohl es die alte Ueberzeugung preisgibt, hält es an den alten Formen fest. Deshalb darf man der Bevölkerung Englands und Frankreichs nicht befehlen, daß die Zahlen, die notwendigerweise für den wirklichen Schadenersch angeben werden müssen, verhältnismäßig niedrig sein müssen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung in Frankreich wärend sein, wenn sie hört,

daß man sie betrogen

hat. Aber diese Wut wird vorübergehen und das Ergebnis, daß man die Wahrheit in den Vordergrund gebracht hat, wird nur heilsam sein können. In England fangen schon viele Leute an, die Wahrheit zu ergründen. Aber man verfügt über ein

ersaunliches Maß von Selbsttäuschung.

Falls der Lüge ein Ende gemacht wird, wird eine unvermeidliche Folge davon sein,

daß die Entente auseinanderfällt.

Die Entente war bereits längere Zeit gefährdet und nichts hat sie so viel benachteiligt, wie die Frage des Schadenersches. Die englischen Vertreter würden die Konferenz gern einige Zeit verschoben haben, damit Briand Zeit bekommen haben würde, um sich einzuarbeiten und seine Auffassung in Uebereinstimmung mit der seiner Minister zu bringen. Seine sachliche Anerkennung, es sei ihm nicht bekannt, daß die Boulogner Uebereinkunft einen einigermaßen blinden Charakter trage und die ungeschickte Einmischung Doumers haben einen besonders schlechten Eindruck gemacht. Es waren die Franzosen, die mit aller Gewalt diese Konferenz abhalten wollten, die nichts anderes als einen

unpraktischen und unbedeutenden Vergleich

zur Folge haben konnte. Es wird immer klarer, daß

der heilige Weg eine großzügige Maskierung

ist. Dies geht aus den verschiedenen Erklärungen hervor, die mit großer Freimütigkeit ausgesprochen werden. Wahrscheinlich wird Deutschland in einiger Zeit mit seinen Zahlungen in Rückstand bleiben und wahrscheinlich werden die Alliierten, die vor dem Kriege mehr als ein Drittel der gesamten Ausfuhr erhielten, unruhig werden wegen der Ueberschwemmung der Märkte mit deutschen Waren. Der Korrespondent deutet dann einige Widersprüche der Beschlüsse auf und meint: Es ist erstaunlich, daß man in englischen offiziellen Kreisen diese Beschwerden so gut einseht. Es ist die Frage, was jetzt geschehen wird. Im Friedensvertrag fehlt keine einzige Bestimmung über den Prozentsatz der Gesamtausfuhr, und Berlin wird, wenn es in diesem Punkt nachgibt, bedeutende Gegenleistungen verlangen. Werden die Banken diese erheblichen Beträge denn überhaupt disponieren? Auch das ist doch zweifelhaft. Kurz, je mehr man die Uebereinkunft der Pariser Konferenz betrachtet, um so mehr ist man davon überzeugt, daß das System völlig ungesund ist und als ziemlich ungesund selbst von denjenigen betrachtet wird, die es ausgearbeitet haben.

Die dänischen Genossen gegen das Pariser Todesurteil.

Kopenhagen, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Zeitung „Klokken 5“, das Nachmittagsblatt der Zeitung „Socialdemokraten“, verurteilt die Ententebedingungen sehr scharf. Besonders im Hinblick auf die zu erwartende Vereinfachung der deutschen Arbeiterklasse bezeichnet das Blatt die Forderung der Sieger als teuflische Rohheit, als unbarmherziges grausames Todesurteil. Die Zeitung schreibt wörtlich: „Hätten die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika exportiert und alle Erwachsene wie Kinder, in die Sahara geschickt, so wäre dies menschlicher gewesen, denn die Leiden der Unglücklichen hätten dann wenigstens ein schnelles Ende gefunden. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter der ganzen Welt, auch die der siegreichen Länder, sich erheben und gegen diese Entschädigung protestieren werden. Denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugesprochen ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in anderen Ländern in das schwärzeste Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese wahnsinnige Entschädigung nicht bezahlen, und die Sieger können den Betrag nicht eintreiben. Selbst die schwärzesten Soldaten wer-

empfangen hätte, was mir nicht gestattet war. Ich habe ihn davon zu überzeugen versucht, daß ich in ausländischen Fragen keine Politik nicht mehr vertreten könne. Trotz des Zutrauens, das ich in den Dreibund stellte, hätte ich nicht die Möglichkeit aus dem Auge verloren, daß dieser Bund wohl einmal zerfallen könnte, da die Monarchie in Italien nicht fest sah, da in Italien eine Revolution drohte (da in Oesterreich nur die Zuverlässigkeit des regierenden Kaisers einen Umschwung während seines Lebens unmöglich machte) und da man sich auf die Haltung Ungarns überhaupt nicht verlassen konnte. Ich strebte immer danach,

die Brücke zwischen Rußland und uns

nicht ganz zu zerstören.

Dann folgt eine Mitteilung über das eigenhändige Schreiben über die Berichte des Konsuls. Bismarck fährt dann fort: „Ich bin überhaupt nicht verpflichtet, Seiner Majestät alle Berichte vorzulegen. Ich habe es in den betreffenden Fällen teilweise direkt, teilweise durch den Generalstab getan und bin, da ich den friedlichen Absichten des Zaren vertraue, nicht in der Lage, die Maßnahmen zu bekämpfen, wozu Seine Majestät mir den Befehl gegeben hat. Seine Majestät hat meine Vorschläge über die Haltung gegenüber dem Reichstag und die eventuelle

Auflösung des Reichstags

gutgeheißen. Sehr meint Seine Majestät, daß die militärischen Entwürfe nur eingereicht werden sollen, sofern man auf ihre Annahme durch den heiligen Reichstag rechnen kann. ... Ich freue mich, wenn ein König von Preußen selbst regieren will. Ich gebe zu, daß mein hingehendes Nachsteilen für die öffentlichen Interessen bringen wird, und wünsche auch, da meine Gesundheit jetzt gut ist, nicht ein arbeitsloses Leben. Aber ich fühle, daß ich Seiner Majestät im Wege bin, und habe offiziell vom Kabinett Nachrichten erhalten, daß Majestät meine Demission wünscht.“ Nachdem Bismarck auch offiziell eine gleichlautende Erklärung abgegeben hatte, sprach er mit Herrn von Bütticher, der ihn fragte, ob Bismarck nicht geneigt wäre, sich zur Führung der auswärtigen Angelegenheiten zu bekennen, einen Plan, den er früher bereits formuliert hatte. Der Finanzminister erklärte, daß die Verordnung sich auf die notwendigen Maßregeln beschränkte. Er schloß sich dann Herrn von Bütticher an, zu untersuchen, ob keine Möglichkeit, einen Ausweg zu finden, bestehe. Sollte das wirklich nicht der Fall sein, dann würde das Staatsministerium zu untersuchen haben, ob es sich Bismarcks Entschluß anschließen solle. Der Kultusminister und der Justizminister waren der Meinung, daß es nur ein Mißverständnis wäre und daß

den auf die Dauer zu einem 42-jährigen Plünderungszug in dem zum Tode verurteilten Lande untauglich sein.“

### Deutschösterreichs Treue in höchster Not!

Wien, 1. Januar. (B.Z.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Bundesrats gedachte Vorsitzender Reumann (Sozialdemokrat) des 50jährigen Gedentages der Einigung des Deutschen Reiches mit folgender Ansprache.

Mit Behmut und doch mit Zuersticht haben unsere Stammesbrüder im Reich den 18. Januar begangen, und wir sind eins mit ihnen im Gefühl des Schmerzes, ebenso wie in der Hoffnung auf eine glückliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Uns Deutsche in der Republik Oesterreich hat ein unerträgliches Schicksal dazu verurteilt, die Folgen des unseligen Krieges, die ganze Kette von Lasten und Sorgen, allein, getrennt von unseren Volksgenossen im Reich, zu tragen. Nicht verwehren aber kann man uns, daß wir aller Grenzspähle ungeachtet,

uns als ein Volk von Brüdern fühlen,

und daß wir die Gefühle des deutschen Volkes als wie die unserigen empfinden. Zum Gedentag des 18. Januar senden wir den Volksgenossen im Reich die heißesten Wünsche für bessere Tage, ihren Aufstieg und ihr Gedeihen. Um die Zukunft des deutschen Volkes,

dessen Teil wir sind,

sehl uns nicht bange sein. Auch unsere Sehnsucht wird Erfüllung finden.

Diese Kundgebung, welche an den Reichspräsidenten Ebert übermittelt wird, wurde vom Hause stehend angehört und mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

### Kundgebung des bayerischen Landtags.

München, 1. Februar. (All.) Der bayerische Landtag veranstaltete heute nachmittag in seiner Vollziehung eine Kundgebung gegen die Pariser Beschlüsse der Alliierten. Präsident Königsbauer bezeichnete die Pariser Beschlüsse als die Ausgeburt einer weit vom Boden der Erfüllung entfernter Phantasie. Das sei nicht der Friede, sondern Fortsetzung und Verstärkung des Hungerskrieges. Die Erfüllung der Forderungen werde aber auch die Würde unserer Kultur vernichten. „Wir hatten gehofft“, fuhr der Präsident fort, „daß der gesunde Menschenverstand über die Brutalität des Siegerwillens sich durchsetzen und daß der Geist der Versöhnung und der Friedensbereitschaft über grausame Raubbaut siegen werde. Die Forderungen von Paris aber haben die Befürchtungen des größten Schwarzsehers weit übertraffen. Die bayerische Volksovertretung verlangt im Namen des gesamten bayerischen Volkes, daß Unmögliches niemals zugestanden werde. Der außerordentliche Ernst unserer außenpolitischen Lage gebietet aber auch dem deutschen Volke, alle trennenden Schranken niederzureißen, die bisher unsere Kräfte gesplittet und den alliierten Mächten das traurige Schauspiel innerer Zerrissenheit geboten haben. Unbeugsam muß der Wille in uns lebendig werden, lieber ehrlich unterzugehen, als in unwürdiger Verflämung unehrlich zu verderben.“ (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Es wurde darauf beantragt, die Sitzung sofort zu vertagen, um dem tiefen Ernst der Schicksalsstunde des deutschen Volkes Rechnung zu tragen. Für die Unabhängigen gab Abg. Gareis die Erklärung ab, daß auch seine Partei der Ansicht sei, daß Protest eingelegt werden müsse, sie könne sich aber der Kundgebung der übrigen Parteien nicht anschließen. Es handelte sich zunächst nur um Vorschläge der Entente, über welche noch Verhandlungen möglich seien. Während der Ausführungen des unabhängigen Redners verließen die Mitglieder der bürgerlichen Parteien den Saal.

Die Erklärung, daß alle trennenden Schranken niedergerissen werden müssen, nimmt sich allerdings besonders gut aus in Bayern, wo noch immer der Ausnahmezustand und die Garde des Herrn Pöhner mit der Ortschaft herrscht, die den Stein des Anstoßes in Paris gibt.

### Der tägliche Justizskandal.

Der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht München I hat das im Verlaufe am 4. Oktober 1920 in der Eichenanlage in München auf Konsultat Dr. Magnus Hirschfeld verübten Ueberfalls wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs eingeleitete Verfahren eingestellt, da die umfangreichen Erhebungen keine Anhaltspunkte zur Ermittlung der Täter erbrachten. Die Unter-

man dem Kaiser nur Aufklärung zu geben hätte. Der Kriegsminister fügte hinzu, daß er seit geraumer Zeit vom Kaiser fern Woel gehört hätte, das sich auf Komplikationen mit Ruhland beziehe. Der Minister für öffentliche Arbeiten sah in Bismarcks Demission ein Unglück für die Sicherheit des Landes und für die Ruhe Europas und meinte, wenn dies Unglück nicht zu vermeiden sein sollte, so würden seiner Meinung nach sämtliche Minister ihre Funktionen zur Verfügung seiner Majestät stellen. Er beabsichtige jedenfalls, das zu tun. Der Ackerbauminister erklärte, daß, wenn Bismarck davon überzeugt sei, daß seine Demission vom Kaiser verlangt würde, man ihn von seinem Entschlusse nicht zurückhalten dürfe. Das Staatsministerium müsse erwägen, was es zu tun hätte, wenn Bismarck seine Demission nehme. Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Handelsministers und des Kriegsministers schloß Bismarck die Sitzung. (Das offizielle Protokoll über die Sitzung ist laut einer späteren Erklärung des Ministers Miquel

aus den Akten verschwunden

und wahrscheinlich auf Anstiften des Vizepräsidenten v. Bütticher zerstört worden.)

Nach dem Essen erschien Lufanos, der Chef des Zivilabnetts, der erklärte, jögend dem Befehl des Kaisers Folge zu leisten und fragen zu müssen, weshalb

das verlangte Demissionsgesuch noch nicht eingetroffen

wäre. Dann folgt die bekannte Beschreibung der Art, in der Bismarck seine Demission einreichte.

Bismarck schreibt dann: Mein Rat ist seitdem weder direkt, noch durch eine Mittelsperson eingeholt worden. Im Gegenteile, man scheint meinem Nachfolger verboten zu haben, mit mir über politische Fragen zu reden. Ich habe den Eindruck, daß von sämtlichen Beamten und Offizieren, die an ihrer Position hängen, der Postoff gegen mich besteht, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer Hinsicht. Dieser Postoff hat in den Publikationen meines Nachfolgers im Auslande einen eigenartigen Eindruck gemacht.

Die Aufzeichnungen Bismarcks entbehren auch heute nicht des aktuellen Interesses. Am 18. Januar ist der 50jährige Gedentag der Errichtung des Deutschen Kaiserreichs begangen worden. Bismarcks 3. Band läßt keinen Zweifel daran, wer Bismarcks Welt gerührt hat. Es war der König von Preußen, der selbst regieren wollte, und den ein allzu gutmütiges, von den Höflingen belogenes Volk so lange regieren ließ, bis alles in Scherben lag.

suchung ergab, daß ein Anschlag gegen Dr. Hirschfeld zwar bereits vor dessen Ankunft in München geplant und vorbereitet war, doch sind die eigentlichen Täter im Dunkel der Nacht entkommen, so daß es angeht nicht mehr möglich war, sie ausfindig zu machen.

Die Einstellung des Verfahrens gegen die Attentäter auf Dr. Hirschfeld ist nicht wunderbar, erstens weil das Attentat in Bayern verübt wurde, einem Lande, in dem jeder Nicht-Reaktionär nachgerade vogelfrei ist, und sodann, weil es sich um Studenten und Angehörige des Bürgertums, nicht aber um Arbeiter handelte, von denen der Angriff ausging. Die bayerische Justiz gibt sich redliche Mühe, der preußischen würdig zur Seite gestellt zu werden. Diese Methode ist der beste Weg, das erschütterte Rechtsbewußtsein im Volke zu heben!

### Hergts neueste Parade.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete am Montag abend in den Kammerböden eine Wählerversammlung mit Herrn Hergt, Verzeihung mit Eggellenz Dr. Hergt, wie auf den zu Tausenden im Bezirk Hallisches Tor verbreiteten Einladungszetteln stolz prangte, als Referenten. Die Rede des Vorsitzenden der Deutschnationalen, über die die gesamte Rechtspreffe in großer Aufmerksamkeit ausführlich berichtet, war ein markantestes Gemisch von Mahnungen zur Einigkeit angesichts der Pariser Beschlüsse und von Berunglimpfungen der gegnerischen Parteien, namentlich der Sozialdemokratie. Der Redner gab die Parole aus: „Abbruch der Verhandlungen! Wir dürfen weder nach Brüssel noch nach London Vertreter entsenden!“ Danach darf man auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Deutschnationalen und der Reichsregierung in den kommenden Wochen gespannt sein. Herr Hergt hat übrigens schon früher seine Keiligung zur Katastrophentheorie gezeigt, namentlich als er mit der ganzen Autorität eines königlich preußischen Staatsministers den rücksichtslosen U-Boot-Krieg verherrlichte und das Eingreifen Amerikas mit dem denkwürdigen Worten verspottete: „Die amerikanischen Divisionen können nicht fliegen, sie können nicht schwimmen, sie werden nicht kommen!“ Wer wollte da noch bezweifeln, daß „Eggellenz“ Hergt gerade derjenige Staatsmann ist, den wir jetzt am nötigsten brauchen?

Im übrigen fehlte es auch in Hergts Rede nicht an den üblichen antisemitischen und „völkischen“ Redewendungen. Wie konnte es denn auch anders sein, wo doch auf den besagten Einladungszetteln unter den Einberufenen solche echt völkischen und rassenreinen Namen standen, wie Sedlaczek und — Ray Rosen-thal!

### Religion und Reichsverfassung.

Dresden, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im sächsischen Landtag kam es heute zu lebhaften Verhandlungen über zwei von deutschnationaler und volksparteilicher Seite vorgebrachten Interpellationen. Diese richteten sich gegen eine Verordnung des Kultusministers Fleißner, wonach die Eltern der zur Schule kommenden Kinder, die am Religionsunterricht teilnehmen sollen, dies durch eine besondere Erklärung bekunden müssen. Die Redner der Rechten stellten diese Verordnung als einen Verstoß gegen die Reichsverfassung hin und forderten, daß nur die Eltern, die ihre Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen lassen wollen, zu einer Erklärung verpflichtet sein sollten. Die Verordnung sei „ein feindlicher Akt“ gegen den Religionsunterricht, der die weltliche Schule vorzuziehen solle.

Kultusminister Fleißner antwortete, daß seine Verordnung mit der Reichsverfassung im Widerspruch stehe, er werde auf der Verordnung bestehen bleiben und trotz des Geschehens der Kirche und der Schulkonfessionen darauf sehen, daß sie eingehalten werde. Der frühere Kultusminister Dr. Seifert (Demokrat) vertrat die Meinung, daß es der Wille der Nationalversammlung gewesen sei, bei Abfassung des Artikels 149 der Reichsverfassung eine Erklärung über die Beteiligung der Kinder am Religionsunterricht im negativen, und nicht wie das Fleißner beordnen wolle, im positiven Sinne zu fordern. Ihm schließt sich der Zentrumsvorredner Gehlein an, der den sozialistischen Parteien seine gegenläufige Ansicht durch lebhaften Widerspruch zu erkennen gab. Ein gleichzeitiger mit zur Verhandlung gestellter Antrag der Kommunisten, bei der Reichsregierung auf sofortige Befreiung des Religionsunterrichts hinzuwirken, wurde infolge ungenügender Belegung der sozialistischen Bänke mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt.

### Neue Vertrauensmänner.

Die Dena erzählt aus Kattowitz: Der polnische Plebiszitkommissar Koniech ist heute wegen Anstiftung zum Mord und Gewalttaten beim letzten Putsch verhaftet worden. Sein Vorgänger Januschewski, der vor einiger Zeit nach Kattowitz verlegt worden ist, hat sich als alter Zuhilfenahmer entpuppt und ist dieser Tage gleichfalls wegen Unterschlagung von 20 000 M. verhaftet worden.

### 410000 abstimmungsberechtigigte Reichsobererbletter.

Kattowitz, 1. Februar. (Dena.) Der „Obererschlesische Kurier“ meldet: Nach einer an zuverlässiger Stelle eingeholten Information beträgt die Zahl der obererschlesischen Abstimmungsberechtigigten außerhalb des Abstimmungsgebietes 410 000.

### Die Mietsteuer.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm in ihrer letzten Sitzung Stellung zum Gesetzentwurf einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietsteuer).

Die Meinung der Fraktion ging dahin, daß der vorgelegte Entwurf unsozial wirkt, und sie beschloß darauf hinzuwirken, daß die Mietsteuer nicht zur Erleichterung gebracht wird, zumal die Veranlagung und Einhebung sehr geraume Zeit in Anspruch nimmt. Weiter ermächtigte sie ihre Vertreter im Ausschusse zu verlangen, daß die Mietsteuer im Zusammenhange mit den übrigen Steuern und der Mietordnung erledigt wird.

Schließlich nahm sie den im Herbst vorigen Jahres angenommenen Antrag wieder auf, wonach das Reich zur Verringerung der Wohnungsnot einen Kredit in Höhe von 1 1/2 Milliarden zur Verfügung stellen soll.

Die Milchleute kommen! Mit dem Dampfer „West Arrow“ trifft in den ersten Februartagen der erste Transport der amerikanischen Milch in Bremen ein. Der Dampfer brachte zur Ueberfahrt nicht ganz einen Monat. Die Bleibendung ist ein Geschenk amerikanischer Farmer, hauptsächlich solcher deutschen Stammes, die sich in der „American Dairy Cattle Co.“ in Chicago ein Organ zur Durchführung ihrer Absicht geschaffen haben, durch Schenkung von Kühen die in Deutschland herrschende Milchnot bekämpfen zu helfen.

Eine russische bolschewistische Zeitung in Berlin. Nach dem „Sperrsch“ erscheint unter dem Namen „Rowni Mir“ seit dem 30. Januar in Berlin eine bolschewistische Zeitung in russischer Sprache. In dem Leitartikel der ersten Nummer bezeichnet es das Blatt als seine Aufgabe, im Auslande seine Stimme zum Schutze Sowjetrußlands zu erheben.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wer sprengt die Gewerkschaften?

In der Ortsgruppe Köln des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist eine ernsthafte Krise ausgebrochen. Die Stelle des Bevollmächtigten war dort wegen Rücktritts des bisherigen ausgeschieden. Nach einem Bericht der „Roten Fahne“ hatten die meisten Ausschüsse auf eine Wahl die kommunistischen Eisenbahner Riewes und Klein. Gegen beide hat der Hauptvorstand in Berlin aber wegen ihrer gewerkschaftsschädigenden Tätigkeit ein Ausschlussverfahren eröffnet. Er setzte einen kommissarischen Bevollmächtigten ein, der die Geschäfte der Ortsverwaltung Köln bis zur endgültigen Erledigung dieser Angelegenheit führen sollte, und berief eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein, in der die Bräunung-Berlin referieren sollte. Gegen seinen Protest beschloß die Versammlung, die beiden oben erwähnten Kommunisten zuzulassen und einem von ihnen das Korreferat zu übertragen. Nach diesem Beschluß verließen die auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehenden Mitglieder die Versammlung. Die Kommunisten tagten weiter und nahmen nach den Referaten von Riewes und Klein eine Resolution an, die sich gegen den Hauptvorstand wendet.

Um den Eindruck zu mahnen, daß die Kommunisten die Geschlossenheit der Gewerkschaft erhalten wollen, wurde folgender Witz in die Resolution eingestreift:

„Der Vorstand hat genau nach dem Verbandsstatut zu arbeiten und ist verpflichtet, sofort an den Hauptvorstand und die Beschwerdekommision nach Berlin zu berichten. Er hat zu versuchen, auf dem schnellsten Wege eine Einigung mit diesen Instanzen zu erzielen, durch die der Wille der Kölner Mitglieder respektiert wird.“

Wie aber die Arbeit der Ortsverwaltung „nach dem Verbandsstatut“ aussehen soll, und wie der „Einigung mit diesen Instanzen“ vorgegangen wird, zeigen die ersten Absätze der Resolution, die folgenden Vorlauf haben:

„Auf Grund der Vorgänge der letzten Zeit werden keine Beiträge mehr an die Hauptkasse nach Berlin abgeführt, bis der Hauptvorstand den Willen der Kölner Mitglieder respektiert und sein Vorgehen gegen die Anhänger der 3. Internationale einstellt.“

Es wird sofort ein provisorischer Vorstand gewählt, weil die jetzige Ortsverwaltung gegen den Willen der Mitglieder vom Hauptvorstand eingesetzt ist und weil von letzterer die Reue des Ortsvorstandes künstlich hinausgeschoben werden. Der provisorische Vorstand hat die Maßnahmen zur Beitragsperre unverzüglich durchzuführen.

Weil die bisherige Ortsverwaltung nicht nach den Beschlüssen der Mitglieder handelt, werden keine Beiträge mehr an sie entrichtet, sondern die Beiträge werden nur gegen Quittung an solche Vertrauensleute ausgehändigt, die mit einem Ausweis versehen sind, der die Unterschrift des heute gewählten Vorsitzenden Riewes trägt. Aus praktischen Gründen findet die Kassierung vorläufig in den Betrieben statt.“

Selbst die „Rote Fahne“ ist über diesen Beschluß ihrer Genossen entsetzt. Es ist überflüssig zu betonen, daß es im Eisenbahnerverband kein Statut gibt, das den Mitgliedern das Recht der Beitragsperre einräumt. Es handelt sich hier auch nicht, wie die „Rote Fahne“ glauben machen möchte, um eine „gefühlsmäßige Aufhebung“, sondern um eine Folge der kommunistischen Agitation gegen die Gewerkschaften, die deutlich erkennen läßt, daß die Zertrümmerung der Freien Gewerkschaften das nächste Ziel der kommunistischen Heilsbringer ist.

## Der Beirat der Betriebsrätezentrale

welcher auf Grund der Beschlüsse des Betriebsrätekongresses gewählt worden ist, trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Bericht der Geschäftsführer, 2. Produktionskontrolle, Wirtschaftskrise, Arbeitslosenfrage, 3. Sozialisierungsfragen, 4. Aufbau der Wirtschaftskrisenkommission, 5. Novelle zum Betriebsrätegesetz, 6. Verschiedenes.

In dem ersten Punkt erhaltete Genosse Grolat einen ausführlichen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Betriebsrätezentrale. In der eingehenden Diskussion waren alle Redner mit dieser Tätigkeit einverstanden. Eine Reihe wertvoller Anregungen für die weitere Arbeit wurde gegeben.

In Punkt 2 gab Dikmann einen ausführlichen Überblick über dieses die Gelamtarbeiterchaft auf tiefste berührende wichtige Gebiet. Die hier einziehende rege Diskussion ist noch im Gange. Die Sitzung wird am 2. Februar fortgesetzt. Ausführlicher Bericht folgt.

## Ach, wie nett!

Die illustrierte Zeil. 11 wird verbreitet mit Begehr eine Meldung der „Deutschen Umschau“, wonach aus Arbeitnehmern

eine Eingabe an den Reichstag gelangt ist, die fordert, daß der Achtundzestag „für Familienväter, die im Interesse ihrer Familie länger arbeiten wollen“, aufgehoben wird. Diese Meldung ist so durchsichtig, als daß man nicht erkennen sollte, wer hinter diesen „Arbeitnehmerkreis“ steht. Die Schwerindustrie ist es, die das größte Interesse daran hat, durch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei möglicher Verbeibaltung der bisherigen Löhne einen Lohnabbau herbeizuführen. Dabei kommen ihnen leider immer wieder die auf ihren eigenen Vorteil bedachten Gelben zu Hilfe, die sich dann bei passender Gelegenheit wieder als wackelste Kommunisten dem ersaunten und abhängigen Publikum empfehlen. Angesichts der fortgesetzt steigenden Erwerbslosigkeit muß jeder Anschlag auf den Achtundzestag mit aller Energie zurückgewiesen

## Arbeiter, Angestellte des Magistrats Berlin.

Heute abend 7 Uhr im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz: Versammlung aller auf dem Boden der S.P.D. stehenden Arbeiter und Angestellten. Tagesordnung: Der Kampf um die Betriebsräte beim Magistrat Berlin. Referent: W. Ramsbrock. Bezirksverband S.P.D. Betriebssekretariat.

werden. Sie erbietet eneratisch eine Verneuerung der Kurzarbeit. Diese mag für den einzelnen eine Härte bedeuten, im Interesse der Allgemeinheit ist sie weit notwendiger als eine Verlängerung der Arbeitszeit, die nur im Interesse des Kapitals liegt.

## Der nächste internationale Bergarbeiterkongress.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Vochum meldet, hat das Internationale Bergarbeiterkomitee in seiner zu London abgehaltenen Sitzung beschlossen, den diesjährigen Internationalen Bergarbeiterkongress in Köln abzuhalten. Der Beginn der Verhandlungen wurde auf den 8. August festgesetzt. In London wurde auch ein finanzieller Bericht für das nach dem Genfer Beschluß zu errichtende ständige internationale Generalsekretariat vorgelegt. Nach eingehender Diskussion verständigte man sich dahin, den Kostenbericht an, der für die Organisationskosten in den Ländern mit sehr schlechter Valuta eine starke finanzielle Belastung bedeutet, der nächsten Komitessitzung vorzulegen, die am 12. April in Brüssel stattfindet und den endgültigen Beschluß dem Kölner Kongress vorzubehalten.

## Eine neue Niederlage.

In diesem Kapitel lieferten auch die in diesen Tagen in dem Wirtschaftsgebiet Wilhelmshaven - Rastbergen / Hattsteddenen Wahlen im Metallarbeiterband einen sehr beachtenswerten Beitrag. Zur Wahl standen einmal die Delegierten zum hiesigen Gewerkschaftskartell und ferner die Ortsverwaltung. In beiden Fällen siegte die mehrheitssozialistisch orientierte Liste glänzend. Für diese Liste wurden 5549, für die Liste der Unabhängigen 1228 und für die kommunistische Liste 998 Stimmen abgegeben. Das Resultat ist um so beachtenswerter, weil gerade Wilhelmshaven-Rastbergen in den letzten beiden Jahren ein hart umkämpfter Platz war.

**Kaufmännische Angestellte der Abzahlungsbranche!** Die Arbeitgeber haben den unterm 5. November v. J. gefällten Schiedsspruch abgelehnt und der Demobilisierungskommission hat demselben die Verbindlichkeitsklärung verweigert. Infolgedessen sind die Arbeitgeber der Abzahlungsbranche verpflichtet, ihre Angestellten nimmer nach dem für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge für den Einzelhandel mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 zu entlohnen. Wo diese von den Firmen abgelehnt wird, wende man sich schriftlich an den Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Holz, Sektion Abzahlungsbranche, Velle-Alliance-Str. 7/10.

**Drohender Journalistenstreik in England.** Die „New York Herald“ meldet, verlangt die englische Journalistenvereinigung eine Gehaltserhöhung; bei Ablehnung der Forderung kündigt sie den Streik an. Korthelliffe verweigert die Annahme der Gehaltsforderung.

**Zentralverband der Angestellten, Kunst- und Kunstlosereien!** Heute 8 Uhr in den Viktorien-Gärten, Velle-Alliance-Str. 22, Versammlung. Tagesordnung: „Klassen mit dem Schiedsspruch annehmen“ - Plagen- und Anwesenheitsbericht Freitag 7 Uhr im Schultheiß-Anstalt, Großer Saal, Alte Jakobstr. 24/25, Wg-Berlinmündung. Es handelt sich um Stellungnahme zur Frage der Tarifbindung in dieser Branche. - Wg-Ordnung Groß-Berlin.

**Arbeitnehmerverband für das Fein- und Hausgewerbe.** Donnerstag, 8 Uhr, Engelstr. 18, Sitzung.  
**Deutscher Metzger-Verband!** Fachgruppe Wagendau- und Kasserlebe-branchen! Versammlung Donnerstag, 7 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25.

## Aus der Partei.

### Gemeindevertreterkonferenz in Oldenburg.

In Oldenburg fand eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Freistaates statt, die durch 68 Delegierte besucht war. Die Konferenz befaßte sich neben einigen anderen Fragen hauptsächlich mit dem Entwurf einer neuen Gemeindeordnung, die unter anderem auch die Wahlpflicht vordrückt, und mit den danach stattfindenden neuen Gemeinderatswahlen. In dem letzteren Punkt wurde einstimmig folgende Entschiedenheit angenommen: Die sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz erachtet ein selbständiges Vorgehen der S.P.D. in allen Orten unbedingt für geboten. Dabikom-promisse jeder Art, gleichviel, ob nach rechts oder links, sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Nur beim Vorliegen wirklich besonderer örtlicher Verhältnisse darf davon eine Ausnahme gemacht werden.“

### Briefkasten der Redaktion.

Genossen aus dem Osten. Wenn Sie die Artikel über die Mietsteuer im „Vorwärts“ (Nr. 23 und 24) und nicht in der „Morgenpost“ gelesen hätten, würden Sie über die Frage anders urteilen. Wir empfehlen Ihnen die gelegentliche Lektüre.

E. R. Z. Posthaus des Robertvereins „Vorwärts“, Oberkühnweide, Wilhelmstr. 19. — A. G. 12. Für beide Berufe kommt eine technische Mittelschule in Frage; für technische Hochschulen ist Abschlußausweis erforderlich. In Berlin befindet sich die Deutsche Schule, Am Gravelingplatz. Bekannte Schulen in Göttingen in Hahndorf, Friedberg in Hassen, Jandau, Wittelsbach usw. Dauer der Ausbildung 2 bis 3 Jahre; vorherige praktische Arbeit. Kosten vermögen wir nicht anzugeben. — Helene Regel. Eine diplomatische Vertretung besteht zurzeit noch nicht. Zweifelhafte Auskunft erhalten Sie beim Auswärtigen Amt.

Kriegsbeschädigter Ehrenrent. Fragen Sie beim preussischen Landesamt für Kriegsbeschädigte, Berlin, Leipziger Platz 13, an. — D. R. L. 1. Rein. 2. Unbefähigt; Festlegung erfolgt später. 3. Der Austritt aus einer Kirchengemeinde ist beim Amtsgericht zu erklären oder erfolgt durch Einreichung einer öffentlich beglaubigten Erklärung. 4. Bis zum Schluß des Steuerjahres, jedoch nicht vor Ablauf von 3 Monaten nach Abgabe der Erklärung. — A. V. 57, 1. 5000 M. 2. A. R. Schulden. 3. Beim Franzosen. Die Frist ist bereits verstrichen. — Steigebach. 1. Beim Patent handelt es sich um Aufschüßlungen, d. h. um Erzeugung von etwas bisher noch nicht Vorhandenem. Beim Gebrauchsmuster muß es sich dagegen um eine Verbesserung oder Brauchverbesserung, d. h. um die äußere Gestaltung von etwas Bekanntem handeln. 2. Ja, sofern davon nicht ein bereits früher angemeldetes Recht berührt wird. 3. Die Schutzdauer beim Patent beträgt 15 Jahre, beim Gebrauchsmuster höchstens 6 Jahre. 4. u. 6. Rein. 5. Ja. — F. S. M. 1. Nur mit behördlicher Genehmigung. 2. Kommen Sie um eine Freistelle ein. 3. Versuchen Sie es. — F. D. 24. 1. Uns nicht bekannt. Richten Sie eine Anfrage an unser Parteibüro in Jena, die „Weimarer Volkszeitung“. 2. Unter Umständen ja. Wenden Sie sich an den dortigen Gemeindevorstand. 3. Darüber läßt sich nichts Bestimmtes sagen. — E. 1. Fordern Sie den Betrag zurück. 2. Es ist nicht sicherzustellen. Die Rollen werden aber zum mehr bezogen, als der erforderliche Vorbehalt. — F. T. 44. Rein: die Tochter ist die alleinige Erbin nach der Mutter. Vermittelt. Das ist sehr wohl möglich, fragen Sie beim deutschen Konsulat in Wien an. — J. S. M. Für die 31. Dezember 1920. — Elbing. 1. Rein. Es handelt sich offenbar um eine nicht handelsrechtlich eintragungsfähige Firma. 2. Rein. — A. G. 100. Benutzen Sie bei der Beschäftigungsdauer, daß die Zahlung an die Vorkasse Ihres jetzigen Wohnortes überwiesen wird. (Schluß des erhalteneren Teils.)

Verantwortlich für den rebalt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiese, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag-Gesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 2 Pfennige.



## Sanatogen

das allbewährte in mehr als 22000 ärztlichen Gutachten anerkannte  
**Körperkräftigungs- und Nervenährmittel**  
(für Kerkensleidende, für Magen- und Darmkranker, für Frauen und Kinder, bei Bleichsucht und Buntarmut, bei Schwächezuständen aller Art, bei Ernährungsstörungen) ist in bekannter Güte in allen Apotheken und Drogerien wieder vorrätig.

# Weisse Woche

- Erbstüll-Halbstores mit Sonderbett und Vorhang ..... 55<sup>00</sup>
- Erbstüll-Halbstores sehr schwere Bandarbeit und Vorhang ..... 110<sup>00</sup> 120<sup>00</sup>
- Erbstülldecken mit Bandarbeit, vorzüglichste Muster, 180cm ..... 215<sup>00</sup> 295<sup>00</sup>
- Bettdecke für 2 Betten, Tüllgewebe, Figurenmuster ..... 275<sup>00</sup>
- Tüllgardinen Garnitur: 2 Schals, 1 Behang ..... Fenster 75<sup>00</sup>

- Tülldecken für 2 Betten ..... 125<sup>00</sup> 150<sup>00</sup> 175<sup>00</sup>
- Etaminstoff 80 cm breit ..... Meter 12<sup>50</sup>
- Allovernet 125 cm breit, kleine Künstlermuster ..... Meter 19<sup>50</sup>
- Mullbafist 115 cm breit, verschiedene Muster, besonders geeignet für Schlafzimmergardinen ..... Meter 22<sup>00</sup>

- Künstlergardinen 100% weisse Qualität, Fensterschals, 1 Behang ..... 190<sup>00</sup> 220<sup>00</sup>
- Mullgardinen für Schlafzimmer, Garnitur 2 Schals, 1 Behang ..... 140<sup>00</sup>
- Schiebengardinen abgepasst ..... 8<sup>00</sup> 9<sup>00</sup>
- Tüll-Gardinenstoffe zirka 110 cm breit ..... 14<sup>00</sup>
- Etamine zirka 145 cm breit, kariert ..... 27<sup>00</sup>

- ### Trikotagen
- Kinder-Jäckchen Baumwolle, gerippt, weisse ... Größe 1-2 ..... 4<sup>90</sup> Größe 3-4 ..... 5<sup>50</sup>
  - Kinder-Jäckchen Baumwolle, gerippt, weisse ... Größe 1-2 ..... 6<sup>25</sup> Größe 3-4 ..... 6<sup>90</sup>
  - Damen-Hemdchen Baumwolle, weisse, ohne Arm, Serie I ..... 8<sup>75</sup> Serie II ..... 10<sup>25</sup>
  - Damen-Schlupfhöschen Baumwolle, farbig ..... 19<sup>75</sup>
  - Damen-Hemdchen Baumwolle, weisse ..... 21<sup>50</sup>
  - Hemden u. Beinkleider Sommer- u. Winterqualität, alle Größen ..... 29<sup>00</sup> 39<sup>00</sup>

- ### billig! Damenwäsche Wäschestoffe Leinenwaren usw.
- Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt, 10 Qual. .... 12<sup>50</sup> 16<sup>50</sup>
  - Damen-Strümpfe Wolle, gew., schwarz ..... 22<sup>50</sup> 29<sup>00</sup>
  - Kinder-Söckchen Größe 1-3 ..... 3<sup>75</sup> Größe 4-9 ..... 4<sup>50</sup>

- ### Handschuhe
- Weisse Damen-Handschuhe Zwirn, gemuster ..... 1<sup>95</sup>
  - Weisse Damen-Handschuhe Seide, Perle, 2 Druckknöpfe ..... 6<sup>75</sup>
  - Weisse Damen-Handschuhe Leinwandgewebe, 2 Druckknöpfe ..... 9<sup>75</sup>
  - Weisse Damen-Handschuhe lang, 12 Knöpfe, Leinwandgewebe ..... 29<sup>75</sup>
  - Weisse Damen-Handschuhe lang, 12 Knöpfe, Seide, glatt ..... 39<sup>75</sup>
  - Weisse Damen-Glaccé Handschuhe, Ziegenleder, 2 Druckknöpfe ..... 39<sup>75</sup>

# HERMANN TIETZ

- Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt ..... 7<sup>75</sup> 9<sup>75</sup>
- Herren-Socken Baumwolle, gewebt, farbig ..... 6<sup>25</sup> 7<sup>50</sup>